ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
MONTAG, 28 JANUAR 1974 • PREIS: AG. 80 • המחיר: אג׳ • יום שני, ה׳ שבט תשל״ד

EINSCHNEIDENDE KÜRZUNG DER SUBSIDIEN IN KRAFT

Jerusalem (HM) — Die Regierung beschloss gestern, das Subsidienbudget drastisch zu kürzen, wodurch sich die Preise für eine ganze Reihe der wichtigsten Lebensmittel sichtlich verteuert.

Die Regierung hat ebenfalls beschlossen, den Preis der öffentlichen Verkehrsmittel um durchschnittlich 50% zu erhöhen.

Die Regierung wird einen Vorschuss à conto der Teuerungszulage in Höhe von 4 Prozent vom Grundgehalt bis zu IL 700 an ihre Arbeitsnehmer und Pensionäre auszahlen und wendet sich an die anderen Arbeitsgeber mit der Aufforderung, ebenso zu verfahren.

Die Zuteilungen für kinderreiche Familien — mit drei Kindern und mehr — werden um IL 10 pro Monat pro Kind erhöht. Soldaten im aktiven Dienst erhalten für das vierte u. jedes weitere Kind IL 5.- monatlich pro Kind mehr. Die Sozialvergütung der Empfänger von Altersrenten wird um IL 20.- pro Ehepaar und für Einzelstehende proportionell erhöht.

Sozialfürsorgeunterstützungen werden ebenfalls laut Sätze, die vom Wohlfahrtsministerium und Finanzministerium festgesetzt werden sollen, erhöht werden.

Der Sprecher des Ausschusses der Wirtschaftsminister, Dr. Nir, der dies gestern abend auf einer Pressekonferenz in Jerusalem bekanntgab, enthüllte, dass dem Ministerialausschuss, dem die Befugnisse des gesamten Kabinetts in Wirtschaftsfragen eingeräumt sind, auch ein Vorschlag unterbreitet wurde, die Post und Telephontarife mit sofortiger Wirkung zu erhöhen. Der Ausschuss lehnte disen Antrag ab, wird ihn jedoch bei der Vorbereitung des kommenden Staatsbudgets für 1974/75 erneut erwägen.

Der Zweck der gestrigen Wirtschaftsmassnahme war, eine Einsparung von rund einer Milliarde IL im kommenden Staatsbudget sicherzustellen.

DIE NEUEN PREISE

Ein Kilo Zucker, das bisher IL 1.14 gekostet hat, wird ab heute IL 2.— kosten. Der Preis einer Flasche Speiseöl, 580 gr, erhöht sich von 71 Ag. auf IL 1.05. Ein Päckchen Margarine von 200 Gramm verteuert sich von 32 Ag. auf 47 Ag. Eier werden durchschnittlich im Preis von 16 Ag. auf 26 Ag. erhöht.

Bei der Milchwirtschaft ist die Verteuerung wie folgt:

Ein Liter Trinkmilch von 64 Ag. auf IL 1.—.

Fettkäse (250 Gramm Becher) von 50 Ag. auf 80 Ag.

Magerkäse (250 Gramm Becher) von 44 Ag. auf 75 Ag.

Hartkäse pro kg von IL 7.— auf IL 11.—.

Butter (100 Gramm Päckchen) von 80 Ag. auf IL 1.20.

Lebben (170 Gramm Becher) von 20 Ag. auf 30 Ag.

Eschel (170 Gramm Becher) von 22 Ag. auf 35 Ag.

Mehl verteuert sich von IL 480 pro Tonne auf — durchschnittlich — IL 850 pro Tonne.

Folglich steigen die Preise von:

Einheitsbrot, 1 kg, von 38 Ag. auf 55 Ag.

Einheitsbrot, 750 Gramm, von 32 Ag. auf 50 Ag.

Weissbrot, 750 Gramm, von 35 Ag. auf 55 Ag.

Chala, 500 Gramm, von 40 Ag. auf 60 Ag.

Brötchen, 60 Gramm, von 9 Ag. auf 13 Ag.

Reis, 1 kg, von IL 3.— auf IL 3.90.

Karpfen, 1 kg, von IL 3.50 auf IL 5.60.

WARENLAGER WERDEN KONTROLLIERT

Gestern abend begaben sich Kontrolleure des Handelsministeriums in die En gros-Lager, um die Warenbestände zu registrieren.

ISRAELIS SOLLEN AUS PHNOM PENH EVAKUIERT WERDEN

Die Israelis in Kambodscha sollen evakuiert werden. Es handelt sich um den israelischen Botschafter, um einige Diplomaten und Experten, zusammen ungefähr zehn Personen, wurde aus der Hauptstadt Phnom Penh mitgeteilt.

Auch die Amerikaner erwägen die Evakuierung ihrer Staatsbürger aus der von Rebellen unter Granatfeuer genommenen Hauptstadt von Kambodscha, in der gestern über 350 Tote gezählt wurden. Die Bewohner der Vorstädte flüchten in das Stadtzentrum. Die Rebellen sollen in einige Stadtvierteln eingedrungen sein. Sie entführten bekannte Persönlichkeiten, die jetzt als Geiseln gehalten werden. Aus dem Jerusalemer Aussenministerium wurde mitgeteilt, die Evakuierung der Israelis wird durchgeführt werden, falls dies die Lage erfordern sollte. Bis gestern wurde jedoch keine Anweisung zur Evakuierung erteilt.

Zehn amerikanische Journalisten befinden sich in Gefangenschaft von Rebellen in Kambodscha. Dies wurde von einer Delegation mitgeteilt, die nach den Journalisten im Osten Kambodschas nachforschte.

*

1400 Bantam-Bücher, darunter ein Buch von Schmuel Katz über Erez Israel, hat die chinesische Regierung erstmals in den USA bestellt.

Südabschnitt wird heute von der UNEF am km 101 feierlich den Aegyptern übergeben

DRITTE ARMEE UEBERFUEHRT SCHWERE KRIEGSAUSRUESTUNG ANS WESTUFER

Die 3. ägyptische Armee wird heute oder morgen nach dem Abzug der israelischen Truppen aus Suez mit der Verdünnung der ägyptischen Streitkräfte beginnen. Die Israelis werden heute um 08.00 Uhr früh den Rückzug aus diesem Abschnitt abschliessen und UNEF-Truppen übergeben. Dies wurde von Auslandskorrespondenten gemeldet.

Gestern haben israelische Einheiten im Abschnitt Ejn Mussa südlich der Dritten Armee im Sinai den Rückzug zu neuen Verteidigungslinien aufgenommen. Diese Positionen befinden sich acht Kilometer südlich der vorherigen Linien Auf Grund des Truppenentflechtungsabkommens, sollte d. Rückzug später erfolgen, wurde jedoch vorverlegt, da sich d. 3. Armee weigerte, vor dem Abzug der Israelis eine Verdünnung ihrer Streitkräfte in die Wege zu leiten.

FEIERLICHE ZEREMONIE AM KILOMETER 101

Aus Kairo melden die Nachrichtenagenturen, dass die Israelis das Gebiet westlich des Suezkanals planmässig räume. Die meisten Einheiten hätten bereits den Südabschnitt bei Suez, die Chaussee Suez—Kairo, Adabie und Attaka verlassen. Heute um die Mittagszeit wird dieser Abschnitt von den UN-Truppen übernommen. — Die Uebergabe wird feierlich am Kilometerstein 101 erfolgen. Sechs Stunden später wird die UNEF das Gebiet den Aegyptern übergeben. Sofort danach nehmen die Ägypter ihre schwere Kriegsausrüstung von der Ostseite des Kanals auf das Westufer zurück.

Aegyptische Militaerinstallationen werden vernichtet

(WT) — Die israelische Nachrichtenagentur Itim brachte die Nachricht das in dem Entflechtungsabkommen ausdrücklich bestimmt wurde, ägyptische militärische Installationen dürfen beim Rückzug der Israelis nicht vernichtet werden.

Der Zahal-Sprecher dementierte diese Nachricht gestern früh und stellte fest, dass das Abkommen bezüglich des Disengagements lediglich vorsieht, dass die israelischen Truppen bei ihrem Rückzug Zivilbesitz unangetastet lassen. Wie unser Militärkorrespondent erfährt, haben die israelischen Truppen bereits mit der Vernichtung von Boden-Luftraketen-Basen und anderen militärischen Installationen am Westufer des Suezkanals begonnen.

ALLON UND EBAN BERICHTEN UEBER SYRISCHE VORSCHLAEGE

(HM) — Auf der gestrigen Kabinettssitzung, die länger als üblich andauerte, erstatteten Vizeministerpräsident Allon und Aussenminister Eban einen etwa einstündigen Bericht über ihr Gespräch mit dem US-Staatssekretär Kissinger während dessen Zwischenlandung in Lod, in dessen Verlauf ihnen Kissinger die *Haltung der syrischen Regierung* zur Frage einer Truppenentflechtung an der syrischen Front übermittelte.

Das Kabinett wiederholte nach diesen Referaten seine Erklärung vom 13. Januar, dass Israel bereit sei, mit Syrien über eine Truppenentflechtung zu verhandeln, sobald Israel die Liste der Kriegsgefangenen in Syrien erhalten werde und es den Vertretern *des Roten Kreuzes* gestattet wird, die Gefangenen zu besuchen.

Aegyptische Kreise in Moskau melden, die Sowjetunion habe sich verpflichtet, keine diplomatischen Beziehungen mit Israel vor Räumung der besetzten Gebiete aufzunehmen. Eine Wiederaufnahme der Beziehungen komme erst nach einer Nahost-Lösung in Frage. Diese Haltung wird auch aus westlichen Kreisen bestätigt.

FEUERGEFECHTE AN DER NORDFRONT

(WT) — Gestern in den Mittagsstunden eröffnete die syrische Artillerie ein Feuer auf unsere Stellungen im Golan. Unsere Truppen erwiderten das Feuer mittels Artillerie und Kampfpanzern. Mit Unterbrechungen dauerte dieses Feuergefecht fast fünf Stunden. Unsere Truppen hatten dabei keine Verluste.

Das gestrige Feuergefecht umfasste eine Reihe von Abschnitten: *die Gegend des Dorfes Nassadj, des Dorfes Ma'az*, Tel-Antar, Misra'at Bet Djan und Rafid.

Bei dem Feuergefecht, welches Schabbat an der syrischen Front stattfand wurden — wie schon berichtet — drei Soldaten verletzt. Wie der Zahal-Sprecher gestern bekanntgab wurde dabei ein Zahal-Soldat tödlich verletzt. Der Familie des Gefallenen wurde entsprechende Mitteilung gemacht.

INTERPELLATIONEN IM KABINETT WEGEN SCHARON

Auf der gestrigen Kabinettssitzung stellten Gesundheitsminister Schemtov und Touristikminister Kol gewisse Fragen über Beschwerden, die gegen Reservegeneral Ariel Scharon während seines aktiven Armeedinstes eingebracht wurden. Diese Beschwerden beziehen sich sowohl auf die Zeitspanne des Krieges als auch auf Interviews, die Scharon letztens Pressevertretern gab.

Der Rechtsberater der Regierung und *der Generalstabschef* erleuterten, wie die von General S. Gonen eingebrachten Beschwerden (ebenfalls gegen Scharon) behandelt worden sind.

Im Zusammenhang mit den Beschuldigungen des Knessetabgeordneten Scharon im Rahmen seiner kürzlichen Presseinterviews erbat auch die Ministerpräsidentin das Wort. Sie sagte, dass die Taten des Generalstabschef während des Krieges, vorher und nachher allgemeine Anerkennung auslösten. Die Regierung sei sich im vorbehaltlosen Vertrauen einig, das sie dem Generalstabschef Raw Aluf Elazar entgegenbringe.

Die Ministerpräsidentin widerlegte in ihrem Namen und dem der gesamten Regierung die Aeusserungen des Abgeordneten Scharon über die Pflicht eines Armeekommandanten Befehle zu erfüllen. Sie bezeichnete Scharons Worte zu diesem Thema als Ideologie der Disziplinverweigerung, etwas was dem Geiste der israelischen Armee widerspreche. Frau Meir warnte auch vor der Gefahr, militärische Geheimnisse durch aktive und in die Reserve eingezogene Armeekommandanten durchsickern zu lassen. Sie betonte, dass die Regierung die Befugnisse des Untersuchungsausschusses unter Vorsitz von Oberrichter Agranat aus*führlich definiert* habe. Selbstverständlich werde dieser Ausschuss Beanstandungen und Beschuldigungen im Zusammenhang mit der Kriegsführung einer genauen Prüfung unterziehen. Es erübrige sich daher, einseitige Beschuldigungen in der Presse zu erheben.

Mosche Dayan gab der Ministerpräsidentin Recht. Dayan bestritt, dem Abgeordneten Scharon gesagt zu haben, dass er wegen seiner politischen Anschauungen keine Aussichten habe, zum Generalstabschef befördert zu werden. Er habe ihm lediglich gesagt, dass seine intensive politische Tätigkeit, zusammen mit seiner Wahl zum Knessetabgeordneten, ihn für diesen Posten ungeeignet mache. Der Verteidigungsminister und der Generalstabschef stellten die Behauptung Scharons, dass der Militärgeist in der israelischen Armee „versteinert" sei, als völlig grundlos in Abrede. Ebenso dementierten die Beiden die Behauptung, dass in der israelischen Armee Posten und Funktionen auf Grund politischer Kriterien bestimmt werden würden.

Zu diesem zweiten Punkt der Kabinettssitzung, der übrigens nicht auf der Tagesordnung war, entwickelte sich eine Debatte, doch kam es keineswegs zu Meinungsverschiedenheiten.

Reaktion der Wirtschaftskreise auf die neue Preispolitik

Meschel: ZENTRALAUSSCHUSS TRITT HEUTE ZUSAMMEN

Histadrutsekretär Jerucham Meschel erklärte, der Zentralausschuss der Histadrut werde noch heute zu einer Sitzung zusammentreten, um zu der neuen Entwicklung Stellung zu nehmen. *Es sei wichtig, dass die* Subsidien nicht gänzlich aufgehoben worden sind, doch habe man es sich in Histadrutkreisen nicht vorgestellt, dass die Regierung so grosse Preiserhöhungen vornehmen wird. Dies sei ein bedauernswerter Fehler der Regierung. Die Konsumenten und die Industriellen werden weiterhin nervös sein, da sie den nächsten Abbau der Subventionen und neue Teuerungen *befürchten dürften. Dies* werde eine Panik auslösen, die vermieden werden sollte. Jetzt werde wahrscheinlich eine Teuerungszulage für die bisherige Verteuerung und eine zweite Zulage wegen der Aufhebung der Subventionen zu bezahlen sein.

Abraham (Buma) Schawit, Vizepräsident des Industriellenverbandes, sagte, alles sei überhastet gekommen. Im Januar war eine 14,8 prozentige Teuerungszulage fällig. Im Februar soll eine a-conto-Zahlung für die Teuerungszulage im Juli ausgezahlt werden. Zweifelsohne sind den unteren sozialen Schichten Entschädigungen auszuzahlen und sie sollten Summen erhalten, die ihr Existenzminimum sichern. Aber man vergisst, dass die Absicht der Aufhebung der Subsidien darin *besteht, die Bevölkerung zu einem* „Engerschnallen des Gürtels" zu zwingen. Der Lebensstandard von allen sei herabzusetzen. Es wäre ein Fehler, durch Teuerungszulagen die Wirtschaftspolitik der Regierung zu untergraben. Es gibt Betriebe, die nicht im Stande sind, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Staatsbankpräsident Mosche Sanbar begrüsste den Regie*rungsbeschluss als eine* bereits seit langem fällige Massnahme. Er bezeichnete es als absurd, wichtigste Lebensmittel so weit zu subventionieren, dass die Bevölkerung nur 40—50% ihres realen Preises zahlt. Die Regierung habe sich verpflichtet, die Preise von 14 wichtigen Lebensmitteln bis Januar 1974 nicht zu erhöhen, und diese Verpflichtung sei eingehalten worden. Es sei unzulässig, Brot als Viehfutter zu verwenden. Man dürfe nicht vergessen, dass die Subsidienkürzung auch eine beträchtliche Einsparung an Devisen verursachen werde. Vierzig bis fünfzig Prozent des Eierpreises werde durch Devisenausgaben (für Hühnerfutter) bestritten.

Die Kürzung der Subsidien soll auch das Staatsbudget für 1974/75 mitfinanzieren. Dieses Budget wird, dem Vernehmen nach, *die Rekordhöhe* von IL 30 Milliarden erreichen.

Die Zahlung der Teuerungssonderzulage von 4% (zusätzlich zu der ab 1. Januar 1974 zur Auszahlung gelangenden *Teuerungszulage* von 14.8%) ist übrigens erst von den Februargehältern ab fällig. Ein Vertreter des Industriellenverbandes deutete gestern abend in einer ersten Reaktion an, dass die Privatindustrie diese zusätzliche Teuerungszulage nicht verkraften können werde.

Streik der Benzinstationen am naechsten Montag

Der Verband der Benzinstationen beschloss, am nächsten Montag einen 24-stündigen Warnungsstreik zu proklamieren. Der Leiter der Brennstoffabteilung im Finanzministerium, Gilboa, ersuchte die Verbandsleitung, von dem Streik abzusehen, doch wurde sein Gesuch abgewiesen. Die Benzinstationen fordern höhere Verdienstspannen.

Senator Jackson gegen Sicherheits-Garantien

Im CBS-Fernsehen erklärte der demokratische Senator Henry Jackson, er sei gegen amerikanisch-sowjetische Sicherheitsgarantien für Israel. Ein Rückzug zu den Grenzen von 1967 *sollte keineswegs von Israel vorgenommen werden*, obwohl Israel gut daran tun wird, so weit wie möglich den Arabern im Interesse des Friedens entgegenzukommen.

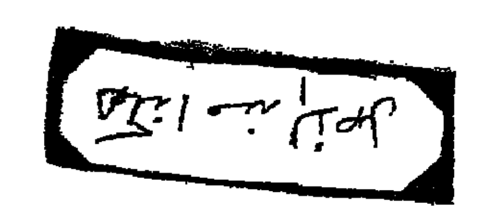
Jackson sagte, Israel müsse nicht im Sinai am Mitle-Pass stehen bleiben und könne den Rückzug zu der Linie El Arisch-Scharm el Schech fortsetzen, jedoch nur unter der Bedingung, dass die Sinai-Halbinsel demilitarisiert wird und UN-Truppen einen Keil zwischen die ägyptischen und die israelischen Streitkräfte schieben.

DAS WETTER

Teilweise bewölkt, vereinzelte Niederschläge, leichte Abnahme der Luftfeuchtigkeit. Frost in den Morgenstunden.

Temperaturen — Jerusalem 3—7; Tel Aviv 9—15; Haifa 8—14; Galil 1—6; Totes Meer 10—12; Beer Schewa 5—13; Ejlat 10—18 Grad.

תל־אביב־יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139



aus Israels PRESSE

FALSCHE INFORMATIONSPOLITIK ZAHALS

Haaretz greift die Zahalstellen, welche den Berichterstattern verwehrt haben, Berichte über den Rückzug der israelischen Streitkräfte vom Westufer des Suezkanals zu veröffentlichen, da „die Aegypter bisher ihre Kräfte noch nicht abgebaut haben", scharf an. Die Zeitung meint, dass diese völlig verfehlte Informationspolitik, die nur verschweigt, aber damit nichts erreicht, da die Tatsachen bekannt werden und man dann das unangenehme Gefühl hat, von den eigenen Stellen schlecht behandelt worden zu sein, nur negative Folgen haben kann. So wird unsere Glaubwürdigkeit völlig erschüttert und die eigenen Menschen sind auch nicht mehr bereit, an das zu glauben, was von offizieller Stelle her gesagt wird. Es muss endlich mit der Tatsache Schluss gemacht werden, dass einige Herren solche Belange als ihre persönliche Domäne ansehen und dann damit Unsinn treiben.

SCHARONS ERKLÄRUNGEN UEBER DAS WOCHENENDE

Dawar ist der festen Ueberzeugung, dass Ariel Scharon nicht das Recht haben kann, Enthüllungen vozunehmen, so wie ihm das nun, da er die Uniform ausgezogen hat, gefällt. Abgesehen davon, dass er auf diese Weise gegen das Gesetz verstösst, ist dies auch ein grober Verstoss gegen Anstand und Moral, meint die Zeitung, und darauf sollte eigentlich jeder israelische Bürger achten. Der erfolglose Versuch eines Vorstosses, den Scharon zu einem bestimmten Zeitpunkt durchgeführt hat, und die daraus resultierenden Verluste sind ja Ziel einer Untersuchung meint das Blatt, aber das sind alle Gründe, aus denen heraus es doch weitaus angebrachter wäre, wenn nicht soviel über derartige Belange gesprochen, geschrieben und kommentiert wird.

DIE KOALITIONSVERHANDLUNGEN UND DIE RELIGIOESEN

Al Hamischmar wendet sich mit Heftigkeit gegen die Forderungen der Religiös-Nationalen Partei in der Frage der Uebertritte zum Judentum und meint, dass in Wirklichkeit wohl hier der Likud der Gewinner ist, denn die Störungsmanöver bei den Koalitionsverhandlungen dürften vom Likud ausgehen, der ja ein Interesse daran hat, sie zu stören. Man muss dringend dazu gelangen, eine Regierung zu bilden, auch wenn es notwendig sein sollte eine kleine Koalition zusammenzustellen, die nur über geringe Mehrheit verfügt.

Hazofe ist genau gegenteiliger Meinung. Die Zeitung fordert die Bildung einer breiten, einer weit gespannten Koalition, da die augenblickliche Situation des Landes derartiges erfordere. Die Frage des Gijur, der Uebertritt ins Judentum sieht die Zeitung nur als Vorwand, um gegen eine breite Koalition aufstehen zu können, während doch in Wirklichkeit eben eine solch weitgespannte Koalition die Forderung der Stunde sein muss.



Tat Aluf Ephraim Poran — der neue Militärsprecher

Streichen der Subsidien wird hohe Teuerungszulage zur Folge haben

In einer Beratung, die im Hause des Finanzministers Pinchas Sapir in Kfar Saba stattfand, wurden die Pläne betreffs Einschränkung der Subsidien für die meisten Gebrauchsartikel und Lebensmittel beschlossen. Dadurch ist eine merkbare Verteuerung von Brot, Milch, Zucker, Eier und andere zu erwarten. Wenn sich keine weiteren Hindernisse einstellen sollten, wird sich die neue Teuerungswelle schon in den nächsten Tagen einstellen. Nach der neuen Verteuerung, die von einer Erklärung über eine Erhöhung der Familienzuschüsse begleitet sein wird, wird das Finanzministerium eine weiter Aufklärungskampagne über die Notwendigkeit der neuen Schritte in die Wege leiten. In der Vorbereitung des neuen Staatsbudgets herrscht die Tendenz vor, das Maximum der Ausgaben festzulegen und dieses dann auf die einzelnen Ministerien aufzuteilen. Es ist dabei zu bemerken, dass einige Ämter infolge des Krieges und der Notstandssituation nicht die ganze Summe ihres Budgets ausgegeben haben.

★

Als Reaktion auf die Beratungen im Finanzministerium, die Subsidien für grundlegende Bedarfsartikel zu streichen, sagte der Amtsführende Generalsekretär der Histadrut Jeruham Meschel, das dem Finanzminister klar gemacht worden sei, dass die Histadrut bei der gegenwärtigen Situation für Beibehaltung der Subsidien sei. Bestehende Ungerechtigkeiten werden wir bereit sein, zu korrigieren; aber die gegenwärtige Situation wahrt den Preisstandard für die notwendigsten Lebensmittel.

Die drastische Veränderung der Preisstaffel durch Streichung der Subsidien ist aber unzulässig und die Histadrut wird dem nicht zustimmen. Die Histadrut mischt sich nie in Meinungsverschiedenheiten zwischen Finanzamt und Landwirten ein, aber sie wird energisch für Beibehaltung der Subsidierung der 12 wichtigsten Lebensmitteln und des öffentlichen Verkehrswesens eintreten. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes, Uriel Abramowitz, fügte hinzu, dass den Wirtschaftsministern klar gemacht worden sei, die Histadrut sei nur zu leichten Änderungen, aber nicht zu einer Streichung der Subsidien bereit. Eine drastische Steigerung der Preise werde die Zahlung der vollen Teuerungszulage zur Folge haben müssen.

★

Eine zweite Auszahlung der Teuerungszulage für die Arbeitnehmer, die im Januar 1974 zur Auszahlung kommt, ist für Juli zu erwarten, wie die Experten der Arbeitnehmerverbände und der Gewerkschaft soeben erklärten. Diese Zulage wird, wie die Berechnungen ergeben, siebzehn Prozent betragen müssen, da selbst die optimistischsten Schätzungen mit einer weiteren heftigen Teuerungswelle r[echnen].

Die jetzige Teuerungs[zulage], die zwar beschlossen, abe[r] nicht durchgeführt worde[n], sodass die Arbeitnehmer wie vor auf die Auszahlu[ng] ten, beträgt fast fünfzeh[n Pro]zent.

Die Versuche d. Arbeit[nehmer]organisationen, vor allem Akademiker, die Decke [der Be]rechnungen für die Teu[erungs]zulage, von einem Grun[d] von siebenhundert auf ein[...] Israelpfunde zu erhöhen, bis jetzt keinen Erfolg g[ehabt]. Aus diesem Grunde wi[rd] israelischer Arbeitnehmer erhalten, als etwas mehr [...] hundert Israelpfunde.

SEPHARDISCHER OBERRABBINER VON HAIFA BEIGESETZT

Der sephardische Oberrabbiner von Haifa Raw Josef Maschasch wurde Freitag unter starker Teilnahme der Bevölkerung beigesetzt. Vor dem Hause der Stadtverwaltung von Haifa hielt Oberrabbiner Schlomo Goren einen warmen Nachruf, dem sich am Friedhof ein Nachruf des sephardischen Oberrabbiners Josef Owadia anschloss. Raw Maschasch wurde in der Nachbarschaft der Gräber der Haifaer Oberrabbiner Kaniel, Ochana und Markus begraben.

Raw Maschasch kam aus Marokko und siedelte sich unter dem Einfluss von David Ben Gurion im Lande an. Sein Lebenswerk ist in 60 Büchern niedergelegt, von denen die meisten noch keine Herausgabe erfahren haben.

Raw Maschasch erreichte das 65. Lebensjahr.

STILLEGUNG VON FAHRZEUGEN UND EINSPARUNGEN VON TREIBSTOFF

Verkehrsminister Shimon Peres verlautbarte am vergangener Freitag, dass er in Kürze eine Erleichterung in der Stillegung von Fahrzeugen erwägen, nachdem sich genaue Einzelheiten von dem Ausmass der Einsparungen im Brennstoff ergeben haben. Die Erwägung, Erleichterungen durchzuführen, wird in Rechnung ziehen, wie sich die Situation des öffentlichen Verkehrs gestalten wird, wenn genügend Chauffeure von ihrem Reservedienst befreit werden. Ein weiteres Moment, das in Erwägung zu ziehen wäre, ist die verringerte Verkehrsdichte als Folge der Einstellung des Privatwagens an einem Tag in der Woche.

★

ZWEI-FAMILIEN-HÜTTE IN HAIFA IN FLAMMEN AUFGEGANGEN

In der Maabara von Kirjat Chajim ist eine Zweifamilien-Baracke in Flammen aufgegangen. Der Haifaer Feuerwehr, die gegen 5 Uhr morgens gerufen worden war, gelang es, die beiden Familien, die in der Hütte wohnten, gemeinsam mit ihrer Habe, zu evakuieren. Der Schaden wird auf zehntausende Pfunde geschätzt. Es herrscht Verdacht einer Brandstiftung, der aber, weil die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, noch nicht erwiesen werden konnte.

★

FLUGVERKEHR NACH ISRAEL NORMALISIERT SICH VÖLLIG

Dass man nicht behaupten könne, es gäbe ein einheitliches Absinken des Passagierverkehrs auf der Israellinie, wie das oft zur Zeit geschrieben und gesagt wird —, erklärten soeben Sprecher der Luftfahrtsgesellschaften, die Israel anfliegen.

Sie wiesen darauf hin, dass die Besetzungsquote der Flugzeuge sehr verschiedenartig sei, dass man aber zur Zeit durchschnittlich siebzig Prozent der üblichen Passagiermenge befördere. Dagegen sei die Beförderung von Frachtgut letzthin erheblich angestiegen, sodass die Linie auch weiterhin als durchaus lohnend bezeichnet werden kann. Turkish Airlines waren die letzte der ausländischen Fluggesellschaften, die soeben ihre Flüge von und nach Israel wieder aufgenommen hatten. Die meisten Gesellschaften fliegen bereits wieder seit Beginn der Waffenruhe im Nahen Osten.

Einzelne Gesellschaften, die, wie Alitalia, die Zahl ihrer wöchentlichen Flüge auf der Israellinie vorübergehend eingeschränkt haben, bereiten zur Zeit Pläne vor, um nicht nur die vor dem Krieg übliche Zahl der Flüge wieder zu erreichen, sondern auch die zusätzlichen Flüge, die sie während des Sommers mit den israelischen Stellen ausgehandelt hatten, mit dem Beginn des Frühjahres realisieren zu können. Man rechnet in Jerusalem damit, dass mit Frühlingsbeginn der Tourismus nach Israel wieder auf den Stand des Vorjahres gebracht werden wird. Im Sommer will man dann weit darüber hinausgelangen.

Kontrolle des Sicherheitswesens gefordert

„Die Lehre, die ich aus dem letzten Krieg gezogen habe, besagt, dass wir die parlamentarische Kontrolle über das Sicherheitswesen verstärken müssen", sagte MdK Zadock in einer Radiosendung. Zadock hat als Vorsitzender des Aussen- und Sicherheitsausschusses der Knesset die Erfahrung gemacht, dass dieser Ausschuss fachliche Ratgeber nötig hat, die den Mitgliedern die Möglichkeit gibt, die Sicherheitsprobleme im gleichen Masse zu studieren, wie die Aussenprobleme. Als Beispiel führte er das Sicherheitsbudget an, welches in der gemeinsamen Sitzung des Sicherheits-, und des Finanzausschusses beraten wird.

Der Redner fügte hinzu, dass auch auf dem Gebiete der Information der Regierung mehr als eine Information zur Verfügung stehe, damit dieser eine Erleichterung bei den politischen Entscheidungen zufalle.

ISRAEL LIQUIDIERT ENDGÜLTIG DIE PASSAGIERSCHIFFAHRT

Trotz scharfer Proteste mehrerer Gremien und Organisationen, trotz heftiger Kritik einer breiten Schicht der Öffentlichkeit, haben nunmehr alle zuständigen Stellen endgültig beschlossen, jede Zivilschiffahrt Israels, auch für die Zukunft zu liquidieren.

Damit fallen die beiden letzten israelischen Passagierschiffe, „Dan" und „Nili", die zwischen Haifa und Italien — einmal Venedig und einmal Genua, so wie meistens auch bis Marseille, gefahren waren, weg. Die Schiffe werden in Kürze verkauft werden. Israel hatte nach der Staatsgründung eine sehr beliebte Passagierschiffahrt aufgebaut und eine ganze Reihe von Schiffen für Passagiere besessen. Mit steigenden Unkosten und der Erkenntnis, dass es sich dabei im wesentlichen um ein Zusatzgeschäft handelt, wurde ein Schiff nach dem anderen veräussert. Übrig blieben schliesslich die beiden Fährschiffe, die Autos an Bord nahmen und Einheitsklasse hatten. Aber auch sie verschlangen zuviel Geld und daher war bereits seit geraumer Zeit erwogen worden, auch sie abzuschaffen. Nach Israel werden dann nur noch zwei Schiffahrtslinien verkehren, eine griechische und eine italienische.

Die israelische Flotte hat sich letzthin ausschliesslich mit Fracht- und Tankschiffen konstituiert. Die zweieinhalb Millionen Tonnen Schiffsraum, mit denen Israel heute rechnen kann, machten das Land zu einer Handels-Seemacht und dienen den Interessen des Staates ausgezeichnet. Die zuständigen Stellen, die sich mit den Schiffahrtsangelegenheiten zu befassen haben, meinten nun, dass alle emotionellen Gesichtspunkte beiseite gelassen und nur noch die Wirtschaftsangelegenheiten in Betracht gezogen werden müssen. Daher wurde nach langen Debatten beschlossen, die Passagierschiffahrt gänzlich einzustellen.

SPIEGEL DES KINERET-SEES IM ANSTEIGEN

Der Spiegel des Kineret ist in den letzten Tagen um weitere 4 cm gestiegen. Insgesamt stieg der Spiegel als Folge der letzten Regengüsse um 69 cm, was eine zuzügliche Regenmenge von 110 Millionen Kubikmeter Wassermenge bedeutet.

ISRAELPFUND SOLL «BEWEGLICHE WAEHRUNG» WERDEN?

Ernsthafte Finanzkreise in Tel Aviv äusserten Zweifel an der Möglichkeit eines „Floating" für das Israelpfund, den übrigen Währungen, vor allem denen Westeuropas, gegenüber. Sie meinen, dass eine solche Massnahme zu grosse Komplikationen für die israelische Finanzwirtschaft schaffen würde.

Seit einigen Wochen allerdings wird insistent über die Möglichkeit der „Beweglichkeit" des Israelpfundes gesprochen, so wie das des öfteren bei europäischen Währungen ebenfalls praktiziert worden war. Grund für eine solches Massnahme der Regierung wäre die an sich durchaus richtige Erkenntnis, dass die in den letzten Wochen zu verzeichnende unaufhörliche Stärkung der Situation der israelischen Währung den europäischen Währungen gegenüber im Grunde auf völlig falschen Voraussetzungen beruht. Die israelische Währung ist nicht stärker, und die europäischen Währungen sind nicht schwächer geworden, sondern der Dollar hat sich erheblich gestärkt, und da das Israelpfund an den Dollar gebunden ist, fallen die europäischen Währungen dem Israelpfund gegenüber, sobald der Dollar anzieht. Die Spezialisten halten das für eine unhaltbare Situation, befürchten jedoch dass ein „floating" die Situation der israelischen Währung ebenfalls nicht lösen kann, da es sich ja nicht um eine Währung handelt, die im freien Kauf erworben werden kann.

Zugleich wurde mit besonderem Nachdruck betont, es sei nicht damit zu rechnen, dass der „graue", also de facto der schwarze Devisenmarkt auf der Lilienblumstrasse in Tel Aviv aufhören würde, sobald das israelische Pfund beweglich wird. Auch dann, so erklären die Experten, wird es weiterhin einen schwarzen Devisenmarkt geben, da ja mit dem „floating" die Devisengesetze des Landes nicht aufgehoben werden und die Kontrolle ebenso weiter andauern wird, wie bisher. Finanzkreise meinten, man müsse die Bildung der neuen Regierung abwarten, bevor der Rat der Wirtschaftsminister eine echte Entscheidung in diesem Sinne treffen sollte. Sprecher der Wirtschaftsministerien verweigern hartnäckig jede Antwort auf die Fragen, die ihnen von allen Seiten her in dieser Hinsicht gestellt werden.

...m wird hohe Folge haben

Indiskretionen um Kissinger

Von OBSERVER

Die Orient-Reisen von Aussenminister Dr. Kissinger werden dem Forscher interessantes Material über die moderne Diplomatie, die Nachrichtentechnik und die mit ihr ständig eingehenden Indiskretionen liefern. Dr. Kissinger hat sich einige Male bitter über Indiskretionen beklagt, aber er selbst scheint die Quelle gezielter indiskreter Meldungen zu sein. Nach aussen lehnte der Minister jede Erklärung über den Inhalt seiner Gespräche ab, aber am gleichen Abend kamen aus amerikanischen Kreisen Erklärungen, dass ein „führender Beamter" bestimmte Ansichten über den Fortgang der Ereignisse geäussert habe.

Zuerst rätselten die Korrespondenten der Presse, um wen es sich wohl handeln könne, dann waren sie überzeugt, dass sich unter dem „führenden" Beamten Dr. Kissinger selbst verbarg. Er setzte damit die Tradition von John Foster Dulles fort, der gewisse Auffassungen, zu denen er sich nicht öffentlich verpflichten wollte, unter dem Deckmantel eines „führenden Beamten" in die Welt geschleust hatte.

Dr. Kissinger bemerkte missbilligend vor einigen Tagen, dass die Regierung Israels seine geheimen Zusagen ans Licht der Welt gebracht habe. Bemerkenswert ist, dass in unserem Lande zumersten Mal durch den USA-Korrespondenten des Maariw diese Zusagen zusammengefasst wurden, d. h. die Nachricht muss — wenn Kissingers Darstellung richtig ist — den Weg nach den USA und wieder zurückgenommen haben. Die zweite Indiskretion brachte Kissinger richtig in Harnisch. Er soll in Jerusalem angedeutet haben, dass Präsident Nixon, wenn er in Treue ergeben ist, spätestens innerhalb von sechs Monaten demissionieren wird. Kissinger hat diese Aeusserung als glatte Lüge bezeichnet. Jerusalemer Regierungskreise, die die Unterhaltung kennen, in der die Worte Kissingers gefallen sein sollen, haben sofort versichert, dass Kissinger nichts derartiges gesagt hat. Urheberin der Meldung war die Korrespondentin der amerikanischen Fernsehstation NBC, die auch keine Quellen angab. Ihr fällt nun die Beweislast in dieser wenig angenehmen Affäre zu.

Die Indiskretionen können natürlich nur das Misstrauen verstärken, das gewisse Kreise Kissinger entgegenbringen, und auf das jeder Vermittler stösst. Die Vertreter der Regierung Israels haben in aller Oeffentlichkeit erklärt, dass sie Dr. Kissinger volles Vertrauen entgegenbrachten und von seiner Freundschaft überzeugt waren. Daneben drangen jedoch auch Erklärungen in die Oeffentlichkeit, in denen Dr. Kissinger sich zumindest skeptisch über Israel geäussert hatte. Prof. Amos Perlmutter hatte über Tonbandaufnahmen von Gesprächen mit Dr. Kissinger im Flugzeug berichtet. In diesen hatte er das Sicherheitsstreben Israels als unbegründet bezeichnet, der zionistische Nationalismus ist für ihn überholt, und nach seiner Auffassung muss Israel sich am Ende auf die Grenzen von 1967 zurückziehen. Zu diesen Tonbändern hat bisher niemand Stellung genommen, und die Regierung Israels sah in Dr. Kissinger weiter einen Freund und Helfer. Jetzt kamen neue skeptische Aeusserungen die wieder im Flugzeug gefallen sein sollen. Der Aussenminister soll von der „tragischen Situation" Israels gesprochen haben, das sich vielleicht einem Vernichtungsfeldzug in Zukunft ausgesetzt sehen wird, aber jetzt glaubt der USA-Aussenminister durch sein Abkommen und die Fortsetzung der Genfer Konferenz Israel für absehbare Zeit gerettet zu haben.

Alle Regierungsmitglieder haben Dr Kissinger und seine Arbeitsweise in höchsten Tönen gerühmt, mit manchen hat er direkt Freundschaft geschlossen. Dayan heisst bei ihm „General Dayan", und auch Golda Meir und Eban werden mit Titeln angesprochen, dagegen nennt er Allon beim Vornamen Jigal, und der Vizeministerpräsident bezeichnete den Gast als „Harry". Diese Freundschaft geht auf die Zeit zurück, in denen Prof. Kissinger in der Harvard Universität Dozent in einem Seminar war, zu dessen Schülern Jigal Allon gehörte.

Ueber seine Verhandlungsweise berichteten Beteiligte: „Mitten in den härtesten Debatten gelang es ihm, gelöst und für alle Beteiligten glaubwürdig zu bleiben". Er hat ein phänomenales Gedächtnis und kannte sogar die Waffenarten, die beide Seiten besitzen. Nur einmal hatte ihn das Gedächtnis im Stich gelassen. Als die Geschütze besprochen wurden, hatte er Generalstabschefs Elazar gefragt: „Ich hoffe doch, dass Ihr ähnliches habt, wie die ägypitschen 122 mm Haubitzen." Darauf soll Elazar geantwortet haben: „Aber sicher haben wir das, die gleiche Marke, seit dem 6. Juni 1967."

Dr. Kissinger war zwar über die bisherigen Indiskretionen erregt, aber sicher werden ihnen noch weitere folgen — insbesondere bei der bekannten „Durchlässigkeit" des amerikanischen Nachrichtennetzes.

MOSKAU BEREITET BRESCHNEWS REISE NACH KUBA VOR

DIE MASSENMEDIEN VERMITTELN DEN EINDRUCK EINER STARKEN SOWJETISCHEN PRAESENZ AUF DER INSEL/HILFELEISTUNGEN HERAUSGESTELLT

Der ursprünglich um die Jahreswende geplante Besuch des sowjetischen Parteichefs in Havanna ist immer wieder hinausgeschoben worden. Er wollte dort eigentlich an den Feierlichkeiten zum 15. Jahrestag der kubanischen Revolution teilnehmen, aber nach den Anstrengungen seiner Indien-Fahrt zog Breschnew es offenbar vor, erst eine Erholungspause einzulegen. Vielleicht schien es dem Kreml-Chef auch politisch ratsam, die Entwicklung im Nahen Osten abzuwarten, so dass man erst Mitte nächster Woche endgültig mit der Reise rechnet.

Die technischen wie auch psychologisch-politischen Vorbereitungen sind freilich schon seit Ende Dezember in vollem Gange. Damals startete Moskau eigens einen neuen Nachrichtensatelliten. Die vorausgeeilten sowjetischer Fernsehteams begannen mit Probeübertragungen, die trotz der 11 000 Kilometer zufriedenstellend ausfielen. Seitdem bringen ihre Beiträge einen exotischen Kontrast in das winterliche Moskauer Fernsehprogramm. Sie zeigen kubanische Industrieanlagen, die von sowjetischen Ingenieuren errichtet werden, und geben überhaupt einen Eindruck von der starken Präsenz Moskaus auf der Insel. Man bekommt schon einen Vorgeschmack der demnächst zu erwartenden grossen Show.

Der Moskauer Wissenschaftsverlag „Nauka" gab einen Sammelband heraus, in dem sich prominente Gelehrte über die Zusammenarbeit beider Länder, ihrer Akademien und Wirtschaftsorgane verbreiten, insbesondere über die Beteiligung der fernen tropischen Insel am Integrationsprozess des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), dem es seit 1972 angehört.

Ein weiteres einschlägiges Buch, das gerade in Moskau erschien, ist 500 Seiten stark und enthält auf russisch die Materialien über Fidel Castros Rundreise durch die Länder Afrikas und Osteuropas im Sommer 1972, angefangen mit einer Rede im Stadion von Conakry am 3. Mai bis zum langen Moskauer sowjetisch-kubanischen Kommunique vom 5. Juli, dessen Abschluss die Einladung an Breschnew bildet. Damit endete vor anderthalb Jahren der vierte Aufenthalt Castros in der Sowjetunion. Zu Gegenbesuchen kamen bisher nach Kuba der damalige stellvertretende Ministerpräsident Mikojan und Regierungschef Kossygin. In dieser Woche trifft zum ersten Mal ein sowjetischer Parteichef auf der Insel ein.

Zu einem früheren Zeitpunkt, in einer Phase der internationalen Hochspannung, hätte die Anwesenheit des obersten Kreml-Machthabers so dicht an der amerikanischen Haustür auf Washington wahrscheinlich beunruhigend gewirkt. Das ist jetzt nicht zu erwarten. Moskau, um eine Gleichschaltung der globalen Aussenpolitik aller kommunistischen Länder bemüht, sucht auch Kuba für seine Art von Entspannung zu gewinnen. In einer vierstündigen Unterhaltung hatte sich Breschnew im vergangenen Jahr in Moskau bemüht, Castro von der Notwendigkeit einer Deeskalation in seinem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu überzeugen. Über die Schweizer Schutzmacht kam es in der kanadischen Hauptstadt Ottawa zu ersten Kontakten, deren Wert das Abkommen über die Verhinderung von Flugzeugentführungen darstellt. Erstmals seit über elf Jahren reiste wenig später eine amerikanische Delegation nach Havanna, um einer internationalen Konferenz, wenn auch nur über Ozeanographie, beizuwohnen.

Ende Juli erlitt dann freilich das Entspannungsklima wieder einen Rückschlag, als Castro Washington in einer Rede scharf angriff und ihm vorwarf, es unterstütze die diktatorischen Massnahmen Brasiliens, es bekämpfe die „progressiven" Regierungen in Chile, Argentinien, Peru und Panama. Dass dieses Thema bis zum heutigen Tage auf der Tagesordnung geblieben ist, geht aus einer Erklärung des Aussenministeriums in Havanna hervor, welcher die sowjetischen Zeitungen vor einer Woche grosse Beachtung schenkten. Darin heisst es, dass die Regierung Kubas keine Veranlassung sehe, den ersten Schritt zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen mit Washington zu unternehmen. Nicht von ihr, sondern von der amerikanischen Regierung sei der Abbruch ausgegangen. Wenn diese einen offiziellen Meinungsaustausch darüber beginnen wolle, so müsse zuvor die Wirtschaftsblockade Kubas aufhören. Die amerikanische Seite müsse ihre Bereitschaft ausdrücken von einer direkten oder indirekten Einmischung in die Souveränität d. lateinamerikanischen Länder Abstand zu nehmen. Nach Meinung des kubanischen Aussenministeriums soll überdies im Mittelpunkt zweiseitiger Verhandlungen unbedingt das Problem des Abzuges amerikanischer Truppen vom Flottenstützpunkt Guantanamo stehen, da Kuba auf die Souveränität über diesen Teil seines nationalen Gebietes nicht verzichte.

Beinahe täglich erscheinen jetzt in den sowjetischen Zeitungen Berichte aus Havanna unter der Überschrift „Kuba erwartet den teuren Gast", „Ein Besuch von historischer Wichtigkeit" oder „Kuba bereitet sich auf den Empfang des Genossen Breschnew vor". Die 400 Mitglieder zählende Moskauer Gesellschaft für sowjetisch-kubanische Freundschaft hält Versammlungen ab, bei denen Angehörige der kubanischen Botschaft zu Wort kommen. Auch aus Havanna werden solche Veranstaltungen gemeldet. Dabei findet die angeblich uneigennützige Hilfe aus der Sowjetunion stets Anerkennung, die zur Entfaltung der Wirtschaft und des Verteidigungswesens beitrage.

Ab 1976 beginnt Kuba seinen ersten Fünfjahresplan, der sorgfältig mit den Fünfjahresplänen der Comecon-Länder koordiniert werden soll. Zwecks Erörterung und Popularisierung dieses bis 1980 reichenden Volkswirtschaftsprogramms hält die Kommunistische Partei Kubas zum ersten Mal nach sowjetischem Muster einen Parteikongress ab. Mit einigen Comecon-Ländern wurde bereits die Zusammenarbeit vereinbart zur planmässigen Hebung der Zitruspflanzung im Süden der Provinz Matansas. Apfelsinen, Pampelmusen und Zitronen sollen künftig nach Rohrzucker zum zweiten Exportartikel Kubas werden.

Die sowjetischen Berichte zur Kuba machen natürlich von der Errungenschaftsstatistik reichlich Gebrauch und verzeichnen die Erfolge des Erziehungswesens, des Gesundheitswesens oder des Wohnungsbaus. Aber sie sind keineswegs in jeder Hinsicht voll des Lobes. Sie betonen vielmehr, dass die Einführung der sozialistischen Planwirtschaft mit ihren bisher ungekannten Masstäben eine Umstellung auf völlig andere Methoden als die bisherigen erfordere. Die Revolutionsromantik, der Wunsch, das Land möglichst rasch reich und stark zu sehen, trete in Widerspruch zu den realen Möglichkeiten, zu den harten Erfordernissen des wirtschaftlichen Rechnens.

Gute Ergebnisse erzielte allerdings jetzt bereits im zweiten Jahr das mit sowjetischer Hilfe entwickelte Modell einer Maschine für Zuckerrohrschnitt. Bis 1980 hoffe man, damit 60 Prozent der Zuckerrohrernte zu mechanisieren. Kuba habe unter seinem Mangel an Energiequellen zu leiden, heisst es. Die Stromerzeugung sei zwar mehr als verdreifacht worden, aber es fehle an grossen Flüssen. Vorerst sei es auch nicht gelungen, genügend reiche Erdölvorkommen zu entdecken. Die mit sowjetischen Spezialisten durchgeführten Erkundungen konzentrieren sich jetzt auf Küstengebiete, wo Bohrversuche auf offener See in grossen Tiefen unternommen würden.

Schon vor dem Besuch Breschnews ist geklärt, dass Moskau der Insel im Karibischen Meer auch weiterhin in grossem Umfange Wirtschaftshilfe zuteil werden lässt. Die Fristen für die Rückzahlung der Handelskredite sind auf praktisch unabsehbare Zeit verlängert. Vor 1986 braucht Kuba überhaupt an keine Erstattung zu denken. Auf weitere 25 Jahre werden ihm keine Zinsen berechnet. Die Entwicklungshilfe für die Zeit bis 1975 ist auf 350 Millionen Rubel (rund 1,2 Milliarden Mark) angesetzt. Der Beistand erstreckt sich auf alle möglichen Gebiete. So errichtet die Sowjetunion beispielweise in Havanna den grössten Fischereihafen ganz Lateinamerikas. Als Gegenleistung reparieren die Kubaner sowjetische Schiffe. Man darf daher annehmen, dass Kuba dem Herrn des Kreml in dieser Woche einen triumphalen Empfang bereiten wird.

DIE WOCHE IN DER KNESSET

DER LIKUD SAGT DAYAN DEN KAMPF AN

Die Eröffnung der neugewählten, achten Knesset durch den Staatspräsidenten E. Katzir, war ein festlicher Akt mit Fanfarenklängen, feierlichen Reden, Vereidigung der 120 neugewählten Abgeordnuten und Wahl des Vorsitzenden. Diese letztere Prozedur gab in der Tat schon zu einem ersten Waffengang, wenn man so sagen darf, zwischen den zwei stärksten Parteien Anlass. Der Likud hatte in der Woche vor der Knessetöffnung alles in Bewegung gesetzt um eine Widerwahl Jeschajahus zu verhindern. Es sei im Interesse der Demokratie und einer geordneten parlamentarischen Tätigkeit, so behaupteten die Likud-Spitzen, dass man sich über einen gemeinsamen Kandidaten einige. Allerdings, dieser Kandidat könne nicht Israel Jeschajahu sein, da er sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der siebenten Knesset, als ein Parteimensch entpuppt habe, dem die Interessen des Maarach wichtiger sind als diejenigen des Parlaments. Die Antwort der Arbeitspartei liess nicht auf sich warten: Auf einer Sondersitzung drückte die Parteileitung Jeschajahu einstimmig ihr Vertrauen aus. In Maarachkreisen befürchtete man, dass es dem Likud gelingen könnte sich mit den religiösen Parteien u. eventuell auch mit den Unabhängigen Liberalen über einen Gegenkandidaten zu einigen der, wenn nicht die Mehrheit, so doch mehr als fünfzig Abgeordnetenstimmen auf seinen Namen vereinigen könnte. Dadurch würde zum Ausdruck gebracht werden, dass Jeschajahu das Vertrauen eines Grossteils des Hauses nicht habe. Ein solches Wahlergebnis würde die Autorität einer Regierungskoalition unter Führung des Maarach erheblich schwächen.

Jeschajahu wurde am Montag mit einer komfortablen Mehrheit und mit allen Stimmen der Parteien, die für die neue Regierungskoalition in Betracht kommen, gewählt. Der von Begin vorgeschlagene Likud-Kandidat, Benjamin Halevi, erhielt nur die 37 Stimmen seiner Partei. Die Arbeitspartei hatte auf dem Wege zur Bildung einer Regierung nach dem Rezept der ausscheidenden Koalition, eine wichtige Hürde genommen. Aus dieser ersten Auseinandersetzung ist der Likud geschwächt und die Arbeitspartei gestärkt hervorgegangen. Geschwächt war schon vorher die Position des Likud als Oppositionspartei durch den letzten Tagesbefehl des Generals Ariel Scharon, der von der Presse einstimmig als ein grober Verstoss gegen die militärische Disziplin und die Grundregeln der Demokratie gebrandmarkt worden war. Man darf heute sagen, dass Scharon als Politiker und Likud-Führer einen schlechten Start hatte und dies gereicht auch seiner Partei sicherlich nicht zum Vorteil.

Der erste frontale Zusammenprall Arbeitspartei—Likud fand, wie erwartet, am folgenden Tag, nach der politischen Erklärung der Ministerpräsidentin statt. Der Hauptsprecher des Likud, Menachem Begin, wiederholte die bereits bekannte Analyse der schwachen Punkte des Abkommens mit Aegypten. Die Regierung habe der Forderung Kairos nach einseitigem Rückzug der israelischen Armee ohne jegliche Gegenleistung stattgegeben und wichtige strategische u. politische Stellungen ohne jede Aussicht auf einen baldigen Frieden, preisgegeben.

Das Bemerkenswerteste jedoch in der Rede des Oppositionsführers war der direkte, scharfe, Angriff auf Dayan, dem er schwerste Verfehlungen und unverantwortliche Erklärungen u. Handlungen als Verteidigungsminister und Vertreter der Regierungspolitik vorwarf. Begin sagte unter anderem:

„Ich frage Sie, Herr Sicherheitsminister, wohin führen Sie das Volk? Nachdem dieses Abkommen über den einseitigen Rückzug, ohne Hoffnung auf Friede und bei der hartnäckigen Weigerung Kairos das Ende des Kriegszustandes zu proklamieren unterzeichnet wurde, wagen Sie es vor das Volk zu treten und ihm zu sagen, Ihrer Meinung nach strebe Aegypten den Frieden an? Zwei Wochen vor Beginn des Jom Kippur-Krieges haben Sie prophezeit, dass in den nächsten zehn Jahren kein Krieg ausbrechen wird. Welch tragischer Irrtum!

„Nach all den schlechten Erfahrungen, die wir gemacht haben, nach den jüngsten kriegerischen, unversöhnlichen Erklärungen unserer Feinde, wagen Sie es, Herr Sicherheitsminister, mit der Autorität, die ihnen Ihr hohes Amt verleiht, vor das Volk zu treten um es irre zu machen und es zu beruhigen, wo sie doch genau wissen, dass zu einer optimistischen Einschätzung der Lage nicht der geringste Grund vorhanden ist. Sie geben dem Volke die Versicherung, dass Aegypten den Frieden will, nur weil ein Vertrag unterzeichnet wurde, der die dritte Armee von der Einkesselung befreit, der Kairo d. Möglichkeit bietet, seine Streitkräfte zu reorganisieren und ihnen ihre Oeffensivkraft zurückzuerstatten, den Aegypten die uneingeschränkte Herrschaft über den Suez-Kanal überlässt und den ungestörten Wiederaufbau seiner Streitkräfte am Ostufer des Kanals erlaubt. In tiefer Besorgnis wende ich mich an euch, Mitglieder der Regierung, um euch zu sagen, dass diese eure Handlungsweise, nach den Fehlern und den Erfahrungen des Jom Kippur-Krieges leichtsinnig und unverantwortlich ist."

Dayan verteidigte rückhaltlos die Regierungspolitik und das Abkommen, welches er, unter den gegebenen Bdingungen, als die bestmögliche Lösung bezeichnete: „Die Frage, die wir beantworten mussten, war ob für den Staat Israel eine Separierung der Streitkräfte nicht besser ist, als das zeitlich unbegrenzte Weiterbestehen d. jetzigen Situation. Die neuen Positionen unserer Armee, zwanzig Kilometer hinter dem Kanal gefährden in keiner Weise unsere Sicherheit. Die Gebirgslinie Mittle — Djidi ist strategisch vorzüglich und bietet ausgezeichnet Möglichkeiten für einen Gegenschlag im Falle eines ägyptischen Angriffs."

In seiner parlamentarischen Jungfernrede war Sharon bemüht die Dayan-These zu widerlegen. Für die Trümpfe, die wir in der Hand hatten, hätten wir ein weit besseres Abkommen erreichen könnn, sagt Scharon. Wir hätten uns nur zehn km hinter dem Kanal in ein Gebiet zurückziehen sollen, das strategisch unvergleich besser ist als die Mittle-Djili-Linie, weil es eine totale israelische Kontrolle des Kanals ermöglicht. Israel ist stark und möchtig und hat es nicht notwendig jeden ägyptischen Vorschlag bereitwilligst anzunehmen. Nur eine Regierung, die den Mut hat auf sicherheitswichtige Forderungen zu bestehen, selbst wenn sie die Gefahr eines neuen Waffengangs in sich bergen, kann die lebenswichtigen Intersesen des Staates wirksam verteidigen, sagte Scharon.

Das Resultat dieser ersten politischen Debatte der achten Knesset ist eine Stärkung der Arbeitspartei, als Folge der Tatsache, dass der Likud endgültig von Dayan abgerückt ist. Die Gefahr einer Absplitterung, der von Dayan geführten Rafi-Gruppe innerhalb der Partei besteht heute kaum noch. Dies wiederum verbessert zweifellos die Chancen einer baldigen Regierungsbildung auf Grund einer Koalition nach dem Rezept der ausscheidenden Regierungskoalition.

Ein Wort noch über das erste Auftreten Ariel Scharons in der Knesset. Die Rede des vor wenigen Tagen aus der Armee ausgeschiedenen Generals überraschte angenehm durch den gemässigten Ton und die Logik der Argumentation. Scharon ist zweifellos ein vorzüglicher Redner und ein logischer, selbständiger Denker. Allerdings muss in Betracht gezogen werden, dass er am Dienstag zu Fragen Stellung nahm, mit denen er besonders gut vertraut ist. Nichtsdestoweniger darf man Scharon eine erfolgreichere politische Karriere voraussagen, als diejenige, die dem General der Reserve Eser Weizmann beschieden war.

هكذا من الأصل

DER FALL KREISKY

Wer nach der Verlautbarung über die bevorstehende Rundreise einer von Dr. Kreisky geführten Kommission europäischer Sozialisten im Nahen Osten nach Zweck und Absicht fragte, hat es nun von Dr. Kreisky erklärt erhalten: An einen Besuch Israels werde nicht gedacht — da zwischen der Internationale und Israel sowieso alles zum besten steht, hingegen sei beabsichtigt, mittels dieser Rundreise eine Neuorientierung der sozialistischen Parteien zu den arabischen Staaten herbeizuführen.

Die Haltung der Internationale zu diesen Staaten und zu Israel ist bisher von zwei Tatsachen bestimmt gewesen: 1., dass Israel eine Demokratie ist; 2., dass die arab. Staaten mit Ausnahme des Libanon und Tunesiens, entweder von Militärdiktaturen oder von Feudalfürsten unumschränkt regiert werden. Eine im Rahmen der Internationale mögliche sozialdemokratische arabische Partei gibt es nicht. An diesen zwei Tatsachen hat sich nichts geändert, wohl aber an Dr. Kreiskys Interpretation von ihnen. Und man weiss, dass zwischen Dr. Kreisky und der von ihm gelenkten österreichischen Aussenpolitik und Israel durchaus nicht alles zum besten steht. Österreich hat seine frühere freundliche Haltung gegenüber Israel in der UNO aufgegeben und stimmt dort zugunsten der Araber. Kreisky hat den Stab über Israel gebrochen. So zuletzt in einem Interview für die ägyptische Zeitung Al-Gomhurija, nach welchem Sadat ein bewundernswerter Mann des Friedens, Golda Meir jedoch unnachgiebig und engstirnig und Israel militaristisch sei, aber nun nichts anders mehr tun könne, als klein beizugeben. Dies noch, ehe Richtung und Klima der weiteren Entwicklung und Bemühungen bestimmt waren. Wie denn Kreisky überhaupt den Ehrgeiz besitzt, in für den Nahen Osten entscheidenden Augenblicken als Indikator für eine anti-israelische Entwicklungsrichtung aufzutreten. So hat Kreisky mit seinem Verhalten gegenüber den arabischen Terroristen und der Preisgabe Schönaus den arabischen Staaten einen klaren Hinweis geliefert, dass sich die sogenannten Neutralen keinen Haxen bei der geplanten arabischen Aggression ausreissen würden. Beweis: die Glückwunschtelegramme der arabischen Staaten an Kreisky nach dem Vorfall. Die Stimmung zur dann erfolgten Aggression stand in Oesterreich unter dem Zeichen der zwei Tage später vom Aussenminister Kirchschläger abgegebenen Erklärung, dass man noch nicht wisse, wer diesmal angegriffen habe. Dies obwohl die eindeutigen Berichte der UNO-Beobachter im Nahen Osten bereits vorlagen. Eine weitere Fleissaufgabe Kreiskys bestand darin, dass er kurz nach der Feuereinstellung im Oktober, als jeder fragte: „Und wie wird es nun weitergehen?" die Stimmgabel erneut gegen Israel erklingen liess indem er verkündete, dass Schönau nun endgültig geschlossen werde. Jedermann — inklusive der Araber — hatte über den Krieg schon längst auf Schönau vergessen. Kreisky hätte die beste Gelegenheit gehabt über sein erpresstes Versprechen Gras wachsen zu lassen. Doch nein. Nun, da die Welt wieder fragt, welchen weiteren Gang die Dinge im Nahen Osten nehmen, wie Israel und die Araber dabei fahren werden, kommt diese von Kreisky initierte Rundreise, deren Zweck er bereits umrissen hat. Es läuft darauf hinaus, den arabischen Diktaturen demokratische Salonfähigkeit bei der Sozialistischen Internationale zu verschaffen, und diese für den pro-arabischen Trend einzuspannen.

Was sind die Gründe für Kreiskys, eines Juden, so eindeutig feindselige Haltung gegenüber Israel? Es sind letzten Endes die ewig gleichen Motive, von denen sämtliche jüdischen Renegaten in der Geschichte beginnend noch vor Josephus Flavius bis zu den jüdischen Verfassern antijüdischer und antiisraelischer Traktate in der Sowjetunion heute bewegt wurden: sie alle versuchten, aus dem gewiss nicht leichten gesamtjüdischen Schicksal auszuspringen. Es für sich selbst zu negieren, genügte nicht, da es ja weiter da war. Also versuchten sie, das Judentum selbst ideell, politisch und zuweilen auch physisch zunichte zu machen.

Freie Tribüne

Kreisky stellt eine neue Variante dar, welche durch die seit dem Holokaust entstandene Lage konditioniert wird. Er disasoziiert sich zwar vom Judentum, benützt es jedoch gleichzeitig für seinen politischen Aufstieg. Symbolisch hier für ist, dass er zwar von seinen noch lebenden jüdischen Verwandten nichts wissen will, dass er aber darauf hinwiest, dass vierzehn aus seiner Familie in Auschwitz umgekommen seien —wenn man ihm wegen seiner anti-israelischen Haltung und Förderung der Nazis in Oesterreich zusetzt. Mehr noch: Kreisky hat bei seinem Aufstieg erkannt, dass seine grosse eigentliche Funktion in der österreichischen Politik darin bestehe, das wahrscheinliche tiefste Problem der II. Republik zu lösen: die endgültige Wiedereingliederung und Rehabilitierung der 600.000 ehemaligen u. registrierten NSDAP-Mitglieder in Staat und Politik. Nicht, dass hierfür nicht schon vor Kreisky zur Genüge geleistet worden wäre. Höchste Stellen im Staat und in der SPO, wie die von Landeshauptleuten, Nationalratsabgeordneten, Bürgermeistern usw. sind mit ehemeligen Nazis bestezt.

Kein nichtjüdischer Bundeskanzler hätte es jedoch wagen können, dem Lande und der Welt ein Kabinett zu präsentieren, in dem vier Minister ehemalige Nazis waren — einer davon ein gewesener SS-Führer und der andere ein ehemaliger NS-Führungsoffisier in der Hitlerschen Wehrmacht und nach 1945 nachgewiesenermassen Teilnehmer an der „Odessa"-Aktion, dem Herausschmuggeln schwerstbelasteter NS-Verbrecher ins Ausland. Der erstere musste wegen des Sturmes in In-und Ausland gehen, der andere ist noch immer im Amte.

Mehr noch: Für Kreisky ist Israel „militarisch", weil es durch seinen ganzen Kampf um seine nationale Existenz und Sicherheit in krassem Widerspruch zu dem Weg steht, den Kreisky in dieser Beziehung in Oesterreich eingeschlagen hat. Anders als die Israelis sind sich die Oesterreicher über ihre wesentlichsen nationalen Grundlagen nicht einig: so etwa, ob sie Oesterreicher oder Deutsche sind. Demzufolge war auch die Bereitschaft, die nationale Existenz Oesterreichs mit Einsatz d. eigenen Lebens zu verteidign von Anfang der II. Republik an, umstritten, „zerproblematisiert". Aus diesem schwankenden Grund wuchs denn auch das Axiom, dass ein so kleines Land wie Oesterreich im Atomzeitalter nicht erfolgreich verteidigt werden könne. So ist schon vor Kreisky der Anteil der Landesverteidigung am Gesamtbudget der in weitem Abstand kleinste in Europa gewesen. Kreisky nützte auch diese nationale Schwäche politisch aus: vor den Wahlen versprach er den Jungwählern eine substantielle Herabsetzung der Militärdienstzeit. Er hielt dieses Versprechen. Oesterreichs Verteidigungsfähigkeit ist heute ein Witz für seine östlichen Nachbarn, jedoch ein Aergernis und eine Sorge für die Schweiz, die BRD und Italien. Als Ersatz hat Kreisky eine Aussenpolitik eingeschlagen, die nicht mehr — wie von ihm selbst einmal dargetan — auf dem Schweizer Beispiel von Neutralität und Fähigkeit zu deren Verteidigung beruht sondern auf einem politischem Marschieren mit den stärkeren Battallionen. Ein Anschluss an einen der beiden grossen Blöcke kommt aus historischen, staatsvertraglichen und innerpolitischen Gründen nicht in Betracht. Also blieb Kreisky nur das sogenannte Dritte Lager übrig, das heute zur Gänze von den arabischen Staaten und ihren Interessen und deren Abhängigkeit vom Sowjetblock beherrscht wird.

Ist es somit ein Wunder, dass Kreisky Israel nicht mag? Seine Haltung wird keineswegs von der gesamten österreichischen Bevölkerung geteilt. Schliesslich waren eben doch „nur" 20 Prozent der Oesterreicher registrierte Nazis, welche letztere sich freilich durch die Kreiskysche Politik der letzten Jahres ermutigt fühlen, nicht mehr nur auf die Juden sondern nur auch auf Israel zu schimpfen. Ihnen stehen gewiss auch Oesterreicher gegenüber, die ihre Sprecher in den Unterzeichnern des Aufrufs gegen das Verhalten Kreiskys im Falle der arabischen Terroristen und Schönaus gefünden haben. Unter ihnen befanden sich auch Mandatare und Funktionäre von Kreiskys Partei.

Im Augenblick jedoch besteht die Frage, ob die anderen Teilnehmer an Kreiskys nahöstlicher Rundfahrt, und mit ihnen ihre Parteien, sich seinem Konzept anschliessen werden. Es wäre für die allgemeine Entwicklung auf der Welt katastrophal, wenn die Sozialistische Internationale sich zur ideologischen und politischen Rechtfertigung einer Phase des moralischen und politischen Absinkens der europäischen Politik herabwürdigen liesse. Dergleichen haben wir zuletzt erlebt, als sich die kommunistischen Parteien zur Rechtfertigung des Stalin-Hitler-Paktes hergegeben haben. Die Internationale würde damit einer in der österreichischen Sozialdemokratie geprägten Devise untreu werden, die da lautet: „Wo es Stärkere gibt, immer auf Seite der Schwächeren".

JOSEF TOCH

NEUE ERDÖLFUNDE AU[F] DEN SHETLAND-INSEL[N]

Lerwick (R) — Auf den schottischen Shetland-Inseln ist ein neues ergiebiges Oelfeld entdeckt worden, welches einer britisch-kanadischen konzessionierten Gesellschaft gehört. Es ist dies das siebente Erdölfeld, welches letzthin entdeckt wurde. Man rechnet mit 1,5 Millionen Fässern Erdöl im Tag, etwa drei Viertel des gesamten Erdölbedarfs Grossbritanniens.

Die Stellung Nixons ist erneut erschüttert worden. Ein öffentlicher Notar in Los Angeles beschuldigte den Präsidenten der Fälschung eines Datums auf einem Dokument, auf Grund dessen Nixon von der Zahlung einer Einkommensteuer in Höhe von einer halben Million Dollar befreit worden war.

★

Die amerikanische [...] sellschaft „Aramco" gab [...] Belieferung der amerika[...] Armee mit Erdöl eingest[...] haben. Die Gesellschaft [...] jedoch die Behauptung [...] nator Jackson in Abred[e] [...] gesagt hatte, dass die „A[...] keinen Patriotismus an de[n] [...] lege und nur an Profite [...] Ein Sprecher erklärte, de[r] [...] dische Erdölminister [...] Yamani habe der Firma [...] ten, Erdöl an Amerika [...] fern. Sollte die Aramco[...] schaf dieser Anordnung [...] Folge leisten, werde [...] gegen sie strengste Mass[...] ergreifen.

✱

USSR LOEST VERAERGERUN[G] IN FINNLAND AU[S]

Die Sowjetunion hat d[...] des an Finnland geliefert[en] [...] öls verdreifacht. Diese [...] lungsweise hat in Helsin[ki] [...] pörung und Verärgerun[g] [...] gelöst.

✱

Die Volksabstimmung [...] nesien über die Vereinigu[ng] [...] Libyen wird nicht im La[ufe] [...] nächsten vier Monate [...] den, wurde in Tunis b[...] Gadafi kehrte gestern vo[n] [...] Zusammenkunft mit Pr[...] Bourguiba in Genf nach [...] zurück.

Frederick Forsyth

Die Akte ODESSA

Roman

[illegible] Verlag • München

31

„Bitte?"

„Mein Name ist Miller, Peter Miller. Ich möchte gern Herrn Wiesenthal sprechen. Hier ist ein Empfehlungsschreiben."

Er zog seinen Brief aus der Brusttasche und gab ihn dem Maedchen. Sie betrachtete ihn unschlüssig, laechelte flüchtig und bat ihn, einen Augenblick zu warten.

Wenige Minuten spaeter erschien sie wieder und bat ihn einzutreten.

„Wenn Sie bitte mitkommen wollen."

Miller folgte ihr den Gang hinunter um die Ecke bis ans Ende des Büros. Rechts stand eine Tür offen. Als er zögerte, in das Zimmer einzutreten, stand ein Mann auf, um ihn zu begrüssen.

„Bitte, kommen Sie herein", sagte Simon Wisenthal.

Er war grösser, als Miller erwartet hatte: ein staemmiger Mann von über einsachtzig, der eine dicke Tweedjacke trug und sich leicht gebeugt hielt, als suche er staendig nach irgendwelchen verlegten Papieren. Lord Russells Brief hielt er in der Hand.

Das Büro war sehr klein; seine Enge wirkte fast schon beklemmend. Eine Wand wurde vollkommen von einem übervollen Bücherregal eingenommen, an der gegenüberliegenden Wand hingen Zeugnisse diverser Vereinigungen ehemaliger Naziverfolger. Auf dem langen Sofa vor der hinteren Wand stapelten sich auch Bücher und Manuskripte. Links neben der Tür blickte man durch ein kleines Fenster auf den Hinterhof. Der Tisch stand quer zum Fenster, und Miller setzte sich auf den Stuhl davor. Der Nazijaeger von Wien setzte sich hinter den Tisch und las noch mal Lord Russells Brief.

„Lord Russell schreibt mir, dass Sie sich vorgenommen haben, einen ehemaligen SS-Mörder dingfest zu machen", sagte er ohne Umschweife.

„Ja, das stimmt."

„Kann ich seinen Namen erfahren?"

„Roschmann, Hauptsturmführer Eduard Roschmann."

Simon Wiesenthal zog die Brauen hoch und stiess einen leisen Pfiff aus.

„Ist er Ihnen ein Begriff?" fragte Miller.

„Der Schlaechter von Riga? Einer der fünfzig Maenner, deren Namen auf meiner Liste ganz obenan stehen. Darf ich fragen, weshalb Sie sich für ihn interessieren?"

Miller versuchte es rasch zu erklaeren.

„Am besten, Sie erzaehlen mir alles von Anfang an", sagte Wiesenthal. „Was ist das für ein Tagebuch, von dem Sie da reden?"

Nach dem Staatsanwalt in Ludwigsburg, nach Cadbury und Lord Russell war Wiesenthal der vierte, dem er die ganze Geschichte erzaehlen musste. Sie wurde von Mal zu Mal laenger, weil sich seine Kenntnis von Roschmanns Lebensgeschichte jedesmal um ein weiteres Kapitel vermehrt hatte. Miller fing wieder von vorn an und endete mit der Schilderung seines Besuchs bei Lord Russel.

„Als naechstes", sagte er, „muss ich herausbekommen, wohin er geflüchtet ist, nachdem er aus dem Zug sprang."

Simon Wiesenthal sah durch das Fenster in den Hof den Schneeflocken zu, die in dem engen Schacht drei Stockwerke tief zu Boden schwebten.

„Haben Sie das Tagebuch?" fragte er schliesslich.

Miller griff in seinen Aktenkoffer, holte es heraus und legte es auf den Tisch. Wiesenthal blaetterte es sehr aufmerksam durch.

„Faszinierend", sagte er. Er blickte auf und laechelte.

„In Ordnung. Ich akzeptiere Ihre Story."

Miller zog die Brauen hoch.

„Hatten Sie irgendwelche Zweifel?"

Simon Wiesenthal sah ihn scharf an.

„Es bestehen immer gewisse Zweifel, Herr Miller. Ihre Geschichte ist sehr ungewöhnlich. Und ein Motiv, warum Sie Roschmann aufspüren wollen, sehe ich bei Ihnen noch immer nicht."

Miller zuckte mit den Achseln.

„Ich bin Reporter. Es ist eine gute Story."

„Aber keine, die Sie jemals in der Presse unterbringen werden. Sie können Sie niemandem verkaufen, sie ist es nicht wert, dass Sie Zeit und Geld darauf verschwenden. Sind Sie sicher, dass nichts Persönliches dahintersteckt?"

Miller antwortete ausweichend. „Sie sind der zweite, der diese Vermutung ausspricht", sagte er. „Hoffmann vom Komet hat das auch gedacht. Welche persönlichen Gründe sollte ich wohl haben? Ich bin neunundzwanzig Jahre alt. Das alles hat sich vor meiner Zeit abgespielt."

„Natürlich." Wiesenthal warf einen Blick auf seine Uhr und stand auf. „Es ist 5 Uhr, und ich gehe an diesen langen Winterabenden gern zeitig nach Hause zu meiner Frau. Lassen Sie mir das Tagebuch da, damit ich es heute abend lesen kann?"

„Ja. Selbstverstndlich", sagte Miller.

„Gut. Dann kommen Sie doch bitte am Montagvormittag vorbei, damit ich Ihnen die fehlenden Details der Roschmann-Story erzaehlen kann."

Miller war am Montagvormittag um 10 Uhr in Wiesenthals Büro. Wiesenthal öffnete die eingegangene Post und bat ihn mit einer Handbewegung, Platz zu nehmen. Dann herrschte eine Weile Schweigen. Wiesenthal schnitt jedesmal sorgsam die seitlichen Falzkanten der Briefumschlaeger auf, bevor er den Inhalt herauszog.

„Ich sammle die Marken", sagte er. „Deswegen beschaedige ich ungern die Umschlaege."

Er setzte seine Taetigkeit ein paar Minuten lang schweigend fort.

„Ich habe das Tagebuch noch gestern nacht zu Hause durchgelesen. Ein bemerkenswertes Dokument."

„Waren Sie überrascht?" fragte Miller.

Ueberrascht? Nein. Nicht, was den Inhalt anbetrifft. Wir alle haben mehr oder weniger das g[leiche] durchgemacht. Mit Variationen natürlich. Abe[r] [die]se Details! Tauber haette einen hervorragenden [Zeu]gen abgegeben. Er bemerkte und behielt alles, die kleinsten Einzelheiten. Und notierte sie — [...]mals. Er würde heute einen sehr wichtigen Z[eugen] abgeben. Aber leider lebt er nicht mehr."

Miller überlegte. Dann blickte er auf.

„Herr Wiesenthal, soweit ich weiss, sind Si[e der] einzige Jude, mit dem ich gesprochen habe, d[er] das durchgemacht hat und der sagt, so etwas [wie] eine Kollektivschuld gebe es nicht. Aber uns [Deut]schen hat man zwanzig Jahre lang erzaehlt, wir [seien] ausnahmslos alle schuldig. Ist das auch Ihre [Mei]nung?"

„Nein", sagte der Nazijaeger rundheraus. „T[auber] hatte recht."

„Wie können Sie das sagen, wo wir doch Mill[ionen] Ihres Volkes umgebracht haben?"

„Weil Sie persönlich nicht dabei waren. Sie [haben] niemanden umgebracht. Wie Tauber sagt, b[esteht] die Tragödie darin, dass die wahren Mörder [sich] vor der Gerechtigkeit drücken konnten."

„Aber wer ist denn dann für den Tod all [dieser] Menschen verantwortlich?" fragte Miller.

Simon Wiesenthal blickte ihn lange und eind[ring]lich an.

„Sind Ihnen die verschiedenen Organe der S[S ein] Begriff? Wussten Sie etwas von den Aemtern [der] SS, die bei der Tötung dieser Millionen federfü[hrend] waren?" fragte er.

„Nein", sagte Miller.

„Dann will ich Sie rasch ins Bild setzen. Sie [wer]den vom Reichswirtschaftsverwaltungs-Hauptam[t ge]hört haben — das war zustaendig für die wirtsch[aftli]che Ausbeutung der Opfer, solange diese noch [leb]ten."

„Ja, darüber habe ich irgend etwas gelesen."

„Die Funktion dieses Amtes stellte gewisser[mas]sen den Mittelteil der Gesamtoperation dar", [sagte] Wiesenthal. „Blieb noch die Aufgabe, die Opf[er aus] der Masse der Bevölkerung auszumachen, abzut[rans]portieren und zu liquidieren, sobald ihre wirtsc[haft]liche Ausbeutung abgeschlossen war. Das war S[ache] des RSHA, des Reichssicherheits-Hauptamtes, [das] nun in der Tat die Ermordung der besagten M[illio]nen veranlasste und besorgte. Die in diesem Zu[sam]menhang absurd anmutende Verwendung des [Be]griffs ‚Sicherheit' erklaert sich aus der Tatsache[, dass] die Opfer aus der verzerrten Sicht der Nazi-Id[eolo]gie heraus eine Gefahr für das Reich darstellte[n;] daraus folgerten sie, das Reich müsse gegen di[e Ju]den gesichert werden. Zu den Aufgaben der R[SHA] gehörte es ausserdem, vermeintliche andere F[einde] des Reiches aufzuspüren und in Konzentrations[lager] zu sperren. Zu diesen „Reichsfeinden" zaehlten [ne]ben Kommunisten, Sozialdemokraten und Libe[ralen] auch Anhaenger bestimmter christlicher Sekten[, Jour]nalisten und Geistliche, die sich nicht gescheut [hat]ten, unerwünschte Wahrheiten auszusprechen; Widerstandskaempfer in den besetzten Geb[ieten]. Spaeter kamen kritische hohe Militärs [...] die Maenner des 20. Juli und sogar der Ch[ef des] Geheimdienstes, Admiral Wilhelm Canaris, dran [...] mussten wegen ihrer Gegnerschaft zum Re[gime] sterben.

NEUE ERDÖLFUND[E] … DEN SHETLAND[INSELN]

TEL AVIV und BEZIRK DAN

Veraenderungen in den Stadtverwaltungen

Wer immer die Hoffnung ge-… haben mag in absehbarer … zu einer Vereinigung der …elnen Städte des Siedlungs-…kes Tel Aviv gelangen zu …gen, dürfte durch die letzten …izipalwahlen eine Enttäu-…ng erlitten haben. Nicht et-… dass man behaupten wolle … könne, dass der Kandidat …r Partei von vornherein dem …didaten der anderen Gruppe …uziehen sei- es wird sich zu …eisen haben, wer den bes-…, aktiveren, dynamischeren …ermeister stellt- aber die ein-… Tatsache, dass nunmehr … Verwaltungen von drei gros-… Städten dieses Bezirkes in …den des Likud sind- zwei …n als Neuerung- verändert … gesamte Situation der Kom-…algestaltung in diesem …rikt.

Tel Aviv war ja bereits in …eren Jahren eine lange Zeit …urch in bürgerlichen Händen …esen und erst mit Mordechai …hir übernahm der Arbeiter-…k die Stadt. Es kann nicht …ritten werden, dass die Jahre …r Namir und Rabinowitz kei-… schlechten Jahre für die Ent-…lung der grössten Stadt des …des waren, wenn auch im …nde die schwerwiegendsten …leme Tel Avivs bei ihnen …sowenig gelöst wurden, wie … ihren Vorgängern. Dazu be-…t man eine Summe, die … heute noch immer nicht … Verfügung steht. Die Rück-… der Liberalen, als die Erben … Allgemeinen Zionisten an die …t im Tel Aviver Rathaus be-…t letztlich eine Wachablö-… die nicht nur legitim ist, …t auch gesund. In Tel Aviv … sich die Verwänderung in … Regierungsverhältnissen der … stets positiv ausgewirkt. Al-…ndere wird abgewartet wer-… müssen. Wenn die Regierung … Kommunalfragen so auf-…lossen sein sollte, wie sie …or den Wahlen zu sein …n, darf man annehmen, … sie ihre Zuteilungen, Be-…ungen und Mitarbeit an …izipalen Angelegenheiten … von der parteigemässen Zu-…rigkeit einer Stadt-und Orts-…altung abhängig machen …, sondern ausschliesslich von … Notwendigkeiten, wobei … Präferenzen in jedem einzel-… Falle errechnet werden …sen.

…at Gan war seit jeher in … Händen der Gruppe, die …e als einer der grossen Part-… im Likud gilt. Nimand wird …upten können, dass Ramat … schlecht verwaltet wird. …aham Krinitzi s.A. war eine …r Persönlichkeiten, die für … Posten eines Stadtvaters wie …affen sind. Er baute „seine" …lt sozusagen allein auf und …rte sie mit fester Hand. … ist es zu verdanken, wenn …at Gan heute die viertgrösste … die „grünste Stadt" im Lan-…st. Niemand wird bezweifeln, … sein Nachfolger Peled nicht …s getan hat, um die Tradition …itzis fortzusetzen. Damit sei …t gesagt, in Ramat Gan sei …s so gut, so einwandfrei, wie … ich besser garnicht wünschen …nte. Auch hier trifft man …n aufgeblähten Beamtenap-…t. zweifelhafte Abgaben, de-… Bürger dann unterworfen …den: wenn sie etwas von der …tverwaltung benötigen, ver-…lässigte Stadtteile. Es gibt …llen, die den Anforderungen …t genügen und vieles andere mehr, das kritisiert werden kann. Aber niemand wird leugnen, dass sich diese Fehler in vernünftigen Grenzen halten und das darf als positiv bezeichnet werden.

Bat Jam ist nun die dritte der in diesem Bezirk liegenden Munizipalitäten die in das Herrschaftsgebiet des Likud übergegangen ist. Diese Stadt gehört zu den Orten, die sich in den letzten Jahren ausserdentlich entwickelt haben. Bat Jam nahert sich der 100.000- Einwohnergrenze und wurde damit ein sehr wichtiger Faktor in der Gesamtgestaltung des Grosstadtbezirkes im Zentrum des Landes. Auch hier darf gesagt werden, dass die bisherige IAP-Verwaltung im grossen und ganzen ausgezeichnet gearbeitet hat. Man darf annehmen, dass der Wechsel in der Stadtregierung eher auf allgemein-politische, denn auf- munizipale Momente zurückzuführen ist, dazu kommt das übliche Koalitionsgeschäft, das natürlich auch hier eine Rolle spielte.

Cholon und Givatajim zeigen keine Veränderungen in der Zusammensetzung ihrer Verwaltung. Bnej Brak blieb ungefähr auf derselben Linie. Hier dürften sich keine wesentlichen Neuerungen ergeben. Auch in d. personellen Zusammensetzung der verschiedenartigen Verwaltungen blieb mehr oder weniger alls beim alten.

Dass nun die Parteien, die sich in den einzelnen Munizipalitäten halten konnten, Bereitschaft zeigen werden, Zusammenschlüsse zu erstreben, die ihre Position schwächen könnten, ist schliesslich nicht zu erwarten. Und noch weniger werden sich die Parteien, die soeben wichtige Machtpositionen im Kommunalgebiet erobert haben, bereit finden, irgendeine dieser Positionen aufzugeben. Das kann nur bedauert werden. Angesichts der Gesamtsituation des Landes, unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Teuerungswelle, der wir unterliegen, wäre es mhr als angebracht, alle Dienste so weit wie nur denkbar zu verbilligen. Eine Vereinheitlichung müsse zwangsläufig zu einer solchen Verbilligung führen, ganz abgesehen davon, dass auch sonst daraus dem Bürger nur Vorteile erwachsen können.

Die Veränderungen in Israels Stadtverwaltungen sind gerade nach den letzten Wahlen weit grösser, als sie je zuvor gewesen wurden. Das gilt in besonderem Masse für den Dan-Bezirk. In weiteren vier Jahren wird der Bürger, wird der Wähler sein Urteil über die Qualität dieser Veränderungen abzugeben haben. Das aber soll nicht bedeuten, dass das Interesse jedes Einzelnen an d. Belangen seines Heimatortes bis dahin schwinden muss— im Gegenteil, je mehr er sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigen und für sie ebenfalls Sorge tragen wird, desto besser kann die Arbeit sein, die von den Verwaltungen selbst geleistet wird.

M.BIEL

USA-Behörden gegen Kriegsverbrecher

Die amerikanischen Behörden haben mit einer umfangreichen Untersuchung der Einwanderungsakten von 38 Kriegsverbrechern und Helfern der Nationalsozialisten begonnen. Alle stammen aus osteuropäischen Staaten, und einige von ihnen müssen im Fall ihrer Ausweisung mit der Todesstrafe rechnen.

Ihre Namen, darunter ein vor 16 Jahren eingebürgerter Bischof der rumänisch-orthodoxen Kirche, wurden von jüdischen Organisationen in Europa und den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt, doch ist die jetzt eingeleitete Untersuchung das Ergebnis unvermittelter sowjetischer Kooperation.

Nach Angaben der Einwanderungsbehörden in New York, die als Clearingstelle für angebliche Kriegsverbrechen von Emigranten fungiert, ist Moskau jetzt offenbar bereit, Beweismaterial und Zeugen freizugeben.

Einer der prominentesten Fälle ist der von Bischof Valerian Trifa, Oberhaupt der kleinen rumänisch-orthodoxen Diözese von Grass Lake bei Detroit im Bundesstaat Michigan. Jüdische Organisationen in den Vereinigten Staaten und Rumänien haben ihm vorgeworfen, bei den Einbürgerungsanhörungen Anfang der fünfziger Jahre verschwiegen zu haben, dass er Mitglied der ultrafaschistischen „Eisernen Garden" gewesen war.

Diesen Angaben zufolge spielte der Bischof, damals unter dem Namen Viorle Trifa, eine wichtige Rolle bei einem gescheiterten Putschversuch der Organisation Anfang der vierziger Jahre, der schliesslich in einem Progrom und dem Tod Hunderter von Juden endete.

Er wird ferner beschuldigt, bei der Bildung eines „Todeskommando" mitgewirkt zu haben, dass eine grosse Zahl politischer Morde verübte. Der Geistliche gab zwar in einem vor kurzem veröffentlichten Zeitungsinterview zu, die Uniform derr „Eisernen Garden" getragen und während seiner Studentenzeit eine Reihe antisemitischer Reden gehalten zu haben, doch stritt er eine Beteiligung an den Morden ab.

Indes hatte der gläubige Mann bei seiner Bewerbung um die Staatsbürgerschaft unter Eid auch die Mitgliedschaft in der Faschisten-Organisation abgestritten.

Typischer allerdings ist der Fall eines in New York lebenden Zimmermannes. Karl Linnas ist naturalisierter amerikanischer Bürger und lebt in der Stadt Greenlawn, unmittelbar am Rande von New York City als Bürger der unteren Mittelklasse.

1962 hatte ihn ein Gericht in der Sowjetrepublik Estland wegen seiner Tätigkeit als Kommandant des Konzentrationslagers Tartu in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Linnas hat eingestanden, während des Krieges „Wachdienste" im Lager Tartu versehen zu haben, eine Beteiligung an Morden bestreitet er jedoch ebenso wie Bischof Trifa.

Die Einwanderungsbehörde erwartet, dass die sowjetischen Behörden im Fall Linnas wie in den anderen 37 Fällen Dokumente zur Verfügung stellen werden.

Es ist anzunehmen, dass jeder Amerikaner, der seine Staatsbürgerschaft durch einen Meineid erschlichen hat, diese verlieren und in sein Geburtsland ausgeliefert wird. Für Linnas würde das die Todesstrafe bedeuten.

«Der ganz kurze Moment» des Professors Konrad Lorenz

Der Nobelpreisträger Konrad Lorenz, illustrer Wissenschaftlor von Welt-Renommée erhielt vor kurzem auf seinen massgeschneiderten Frack, mit dem er zum Empfang seines Nobelpreises beim feierlichen Zeremoniell in Stockholm antrat, einige hässliche braune Schnitzer. Man hatte ausgegraben, dass der österreichische Gelehrte in den Jahren des Grossdeutschen Reiches schreckliche Sachen in sogenannten wissenschaftlichen Zeitschriften geschrieben hat, die im Hakenkreuz-Gleichschritt der staunenden Welt vorexercieren, wie weit sich die gelehrtesten Männer prostituieren können, wenn sie vor der die Macht ausübenden Unmenschlichkeit kapitulieren.

Konrad Lorenz hatte die totale rassische Aufrüstung des artreinen arischen Menschen bis zur totalen Absurdität gesteigert und in einer Publikation, die im Jahre 1940 erschien, den Managern der Gasbienkonzerne zum Vorwurf gemacht, dass sie beim Schutze der artreinen Eliten nicht radikal genug vorgehen würden. Er, Konrad Lorenz, plaidierte mit messerscharfer Logik, dass man dem artfaulen Uebel nur mit dem Messer der Chirurgie beikommen könne, klarer gesagt, dass man die artbelasteten Mit- und Untermenschen liquidieren, also ausrotten müsse. Vor Wiener Journalisten hat der noble Nobel-Professor kürzlich mit Bedauern erklärt, dass er tatsächlich seinerzeit, wie viele andere hervorragende Männer der Wissenschaft, einen „ganz kurzen Moment" geglaubt habe, dass etwas Gutes vom Nationalsozialismus kommen könne. Später habe er sich dann allerdings mit umso grösserem Horror von den Gangstern des Grossdeutschen Reiches abgewendet.

Schhön und gut, aber die „ganz kurzen Momente" des Herrn Profssor Lorenz scheinen für die Zeitbegriffe gewöhnlicher Sterblicher ein wenig lang geraten zu sein. Der „ganz kurze Moment" des Nobelpreisträgers von 1973 hat genau zehn Jahre gedauert.

Kurzum, der „ganz kurze Moment" der Rückschau war in der Praxis der tatsächlichen Gegebenheiten eine, wenn auch kurze, zeitliche Ewigkeit. Als der Reichspräsident Hindenburg starb und Adolf Hitler der allmächtige Reichskanzler und Führer der braunen Diktatur wurde, sandte Konrad Lorenz dem „grossen Erwecker der tiefsten und nobelsten Kräften des deutschen Volkes seine ehrerbietigen und in Treue verbundenen Grüsse". Als die Sache bereits sehr düster aussah und das braune Staatsschiff an allen Ecken und Enden bereits Wasser liess, war der Optimismus des kurzmomentigen professoralen Nazis noch ungebrochen. Denn als im Spätsommer 1943 der begabte hinkende Propagandateufel, Reichspropagandaminister Joseph Göbbels, seinen 43. Geburtstag feierte, sandte ihm Konrad Lorenz seine der rassischen Gemeinschaft verbundenen Grüsse im Namen derer, die auf verschiedene Wegen den gleichen Zielen zustreben.

Sie sind, zum Glück von Konrad Lorenz, trotz der guten Wünsche nicht am gleichen Ziel angekommen.

Im Schwefeldunst der untergehenden Reichshauptstadt endete der hinkende Giftbold und Parolenfabrikant durch Freitod, während der ihm rassisch verbundene Mann der angebräunten Wissenschaft bei der Preisübergabe durch das Nobel-Comité endete.

Ueberflüssig, einen Backstein auf den braven Mann zu werfen, der es, trotz aller rassistischen Seitensprünge trotzdem geschafft hat. Es gibt manche, die nicht besser waren als er und die auch am gutgarnierten Tisch der öffentlichen Ehrungen sitzen.

Professor Lorenz ist vielleicht ein Genie der Wissenschaft, aber ein Charakter, an dem die Würmer einer tristen Vergangenheit nagen. Und was die ganz kurzen Momente dieser Elitefigur der Wissenschaft angeht — so scheinen sie mit einer Zeitlupe gedreht, wie sie von solcher Brisanz die einschlägige Industrie noch nicht auf den Markt gebracht hat.

Kurt Kaiser-Blüth

RADIO und FERNSEHEN

Montag, 28.1.1974

Nachrichten: Programm A und B — jede Stunde

Programm A:

8.05 Musikalische Leckerbissen- Locatelli, Mozart, Vaughan-Williams, Poulenc; 9.05 Chöre; (Werke von Leos Janacek); 9.55 Nachrichten in englischer; 10.55 in französischer Sprache; 10.05 Rezital- zweite Folge: Josef Kalichstein (Klavier) spielt Sonate in A-dur von Schubert und Ernste Variationen von Mendelssohn; 11.00 Volkstümliches Hebräisch; 11.15 und 12.15 Programm für Schulen; 11.35 und 12.05 Lied und Chanson; 12.35 Mittagskonzert- Couperin, Chopin, Johann Strauss; 14.10 Für Mutter und Kind; 15.05 Vorklassische Musik- Händel, Telemann, Scarlatti, Vivaldi; 16.05 Eine Minute Hebräisch; 16.06 Buchbesprechung; 16.10 Literatur für Mittelschüler; 16.30 Musikalisches Rätsel (Awi Chanan); 17.05 Soiree musicale- mit Uri Weisel (Cello) und Pnina Salzmann (Klavier) Sonate von Brahms, „Vidpy" für Cello-Solo von Noam Sheriff und Sonate für Cello und Klavier von Debussy; 17.55 Nachrichten in englischer, 18.50 in französischer Sprache; 18.05 „Am Schalter"; 18.55 Für den Landwirt; 19.25 Leichte klassischer Musik: 19.50 Rezitation aus der Bibel: 20.05 „Oper" (STEREO) Ravel; „L'Heure Espagnole", Dirigent Lorin Maazel; 21.05 Donizetti: „Die Regimentstochter", Dirigent Arturo Basile; 23.25 Radioerzählung; In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen auf beiden Sendern A und B- Musik, Lieder, Chansons.

Programm B:

6.05 Morgengymnastik; 6.15 Musikalische Uhr; 6.59 Eine Minute Hebräisch; 7.25 Gesänge; 7.55 Grünes Licht; 8.10 Morgenprogramm; 10.05 Für die Hausfrau; 12.05 Im Arbeitsrhythmus; 12.30 Unterhaltungsprogramm; 13.25 Unsere Lieder; 14.10 Hier Riwka Michaeli; 15.05 Lieder und Melodien; 15.53 „Da capo"; 16.05 Eine Minute Hebräisch; 16.06, 16.35; 17.06 und 18.05 Chansons; 16.30 Rätselraten in Fortsetzungen; 18.45 Täglicher Sportbericht; 21.05 Noch einmal- aus dem Tonbandvorrat; 22.05 und 23.25 Bis Mitternacht.

Sender H:

19.00 und 20.00 Nachrichten; 19.05 und 20.05 Chansons und Melodien.

Militärsender:

Nachrichten: jede Stunde; 6.05 und 7.05 Morgenklänge plus Grüsse; 8.05, 12.05, 17.05 und 00.05 Nachrichtenjournale; 0.05 und 10.05 Grüsse mit einem Lied; 10.55 Eine Minute-mit Natan Dunewitz; 11.05, 12.30, 13.05 und 13.55 Warm und schmackhaft; 11.55 Programm mit Uri Dwir; 13.30 Programm mit Josef Lapid; 13.55 Mitteilungen für Soldaten; 14.05 Zum Nachtisch; 14.30 das tägliche Kurze Rätsel; 15.05 und 16.05 „drei-vier-fünf" mit Schmuel Schai und Ehud Graf; 17.40 Chansons für jedermann; 18.05 Persönliche Akte-mit Seren Jossi, dem ersten Offizier, der den Suezkanal überschritt; 19.05 und 20.05 Parade ausländischer Chansons; 21.05 Wunschprogramm; 22.05 und 23.05 Heute abend- direkte Uebertragung- mit Edna Schawit; 23.53 Mitternachtsgespräch- mit Michael Keren; In der Nacht zwischen den Nachrichtensendungen- Musik, Chansons, Lieder.

Schulfernsehprogramm:

7.50, 10.00, 12.00 und 13.00 Biologie; 9.00 Rechnen; 9.25 Die Lehre von der Elektrizität; (ebenso 14.10) 10.20 Englisch; 11.05 Beratung und Richtunggebung; 11.20 Geometrie; 13.20 Naturkunde/Physik; 12.40 Literatur und Sprachunterricht; 13.20 Naturkunde; 13.40 Begegnung mit dem Dichter Chanoch Bar-Tow;

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten; 17.32 Pompous Abenteuer; 17.40 Mittelmeer-Liederfestival; 18.30 bis 20.00 Programm und Nachrichten in arabischer Sprache; 20.00 Wochenschau für die Jugend; 20.30 Mabat; 21.00 „Colombo"- spannender Film; 22.05 Dokumentarfilm-„Amerika" (Alli stair Cook; 23.05 Tagesabschnitt.

EIN AGENT SPRANG AB — UND DIE FOLGEN

Nach Mitteilung der schwedischen Sicherheitspolizei sind, ausser dem tschechoslowakischen Geheimdienst auch die Geheimdienste der übrigen kommunistischen Staaten zu einer Umorganisation ihrer Agentenarbeit in Skandinavien und Westeuropa gezwungen.

Der Grund ist der Absprung eines tschechoslowakischen Spitzenagenten in Schweden. Schon im letzten Juni offenbarte sich der Agent in einem Brief an Ministerpräsident Palme und wurde seitdem monatelang von der schwedischen Sicherheitspolizei verhört. Trotzdem empfing er noch bis vor kurzem verschlüsselte Rundfunkmitteilungen seiner Prager Auftraggeber, die er gemeinsam mit der Sicherheitspolizei entschlüsselte und beantwortete, unter anderem durch Annoncen in der deutschen Zeitschrift „Auto, Motor und Sport". Obgleich der Chef von Schwedens Sicherheitspolizei schon im Oktober den Absprung eines Agenten bekanntgegeben hatte, war sich die Prager Agentenzentrale demnach bis jetzt nicht im Klaren, um wen es sich handelte.

Nun hat der Agent in der Stockholmer Zeitung „Svenska Dagbladet" in einer Serie über seine Ausbildung, seine Aufträge und seinen Lebensweg berichtet und dabei erwähnt, dass er im September Näheres über die Gründe des Aufschubs der Reise von Bundeskanzler Brandt nach Prag über schwedische sozialdemokratische Quellen hatte herausbringen sollen. Der Agent hatte während vieler Jahre in verschiedenen Ländern Zugang zu den sozialdemokratischen Parteispitzen zu suchen, was ihm vor allem in Oesterreich gelang.

Als Grund für den Absprung hat er Widerwillen gegen die „Verlogenheit der Diktatur der kommunistischen Funktionäre in Prag und die volksferne Parteibürokratie" bezeichnet. Die politische Analyse und Infiltration, zu der er beauftragt war, habe ihn zu den Einsichten gebracht, die zum Absprung führten.

In Schweden bekommt der ehemalige Agent Asyl und Arbeit. „Agenten, die im Westen leben, müssen, wenn sie sich selbst gegenüber ehrlich sind, die Falschheit in dem Land sehen, für das sie arbeiten. Können sie sehen, dass es tatsächlich geht, abzuspringen und ein neues Leben in Freiheit zu beginnen, kann das ihnen zu ihrem Entschluss verhelfen", schrieb er in seinem Bericht.

APOTHEKENDIENST

TEL-AVIV

Montag nacht bis 23.00 Uhr

Dinzengoff 174, Tel. 222386; Achad Haam 91, Tel. 285301; Jehuda Halevy 67, Tel. 612474.

Ramat Gan und Umgebung: Jabotinsky 41, Tel. 731874.

Bne Brak: Wie Ramat Gan.

Herzlia u. Umgebung: Kikar Kinor, Herzlia Pituach.

Bat Jam: Merkas Mischari, Ramat Josef.

Cholon: Kikar Weizmann.

Beer Schewa: „Jona".

JERUSALEM

19.00—22.00 Uhr: Derech Bet Lechem 82, Tel. 37531; Schaar Schchem, Tel. 282034.

HAIFA

Kirjat Bialik, Tel. 721230.

AERZTE-NACHTDIENST

Dr. Har Ewen Epsteinstr. 6, Tel. 443281.

Magen David Adom: Aerzte-Nachtdienst Tel-Aviv, Telefon 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr früh.

Gusch Dan: Magen David Adom, Tel. 781111.

Aerztedienst der Kupat Cholim „Maccabi", Tel Aviv: Dr. Engel (Kinder), Kikar Malchei Israel 10, Tel. 268021: Ab 20 Uhr MDA, Tel. 101.

Kupat Cholim Merkasit Tel-Aviv—Jaffo: MDA Mazestr. 13, Tel. 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens Dr. Watts, Allenby 59, Tel. 53888 (nur tagsüber); Dr. Marc, Dona, Hachaschmonaim Str. 4. Tel. 248298.

Ramat Gan, Giwatajim und Bnej Brak: MDA, Hagilgalstr. 42, Tel. 781111, von 8 Uhr abends, bis 7 Uhr früh. Dr. Komlosch (Kinder). Weizmann Str. 33, Giwatajim, Telefon

Ramat Hascharon: Mitteilung im Snif ● Chedera: MDA, Tel. 22333 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

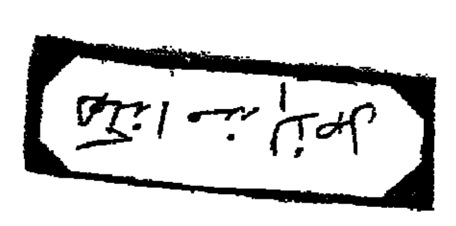
KINOPROGRAMM

TEL-AVIV

ALLENBY: „Charley Varrick" (4. Woche).
BEN JEHUDA: Strand der Kriegsgötter.
CHEN: The Bigamist (4. Woche).
CINERAMA: Battle of Giants (5. Woche).
DEKEL: Soul to Soul.
DRIVE-IN: 5.15 Uhr: Kinderfilm. Up in the Air. 9.30 Uhr: Madron.
ESTHER: Blume in Love (3. Woche).
GAT: Pete'n Tillie (19. Woche).
GORDON: Le Grand blond avec une chaussure noire (36. Woche).
HOD: Westworld.
LIMOR: Steelyard Blues (3. Woche).
MAXIM: What They Did To Solange (3. Woche).
MOGRABI: The Stone Killer (2. Woche).
ORDAN: Guess What We Learned in School Today.
OPHIR: „Coffy" (3. Woche).
ORLY: I'll Cry Tomorrow.
PEER: Malizia (4. Woche).
PARIS: Man in the Wilderness (2. Woche).
RAMAT AVIV: The Last Picture Show.
STUDIO: The Forbidden Decameron (2. Woche)
TCHELET: Duel
TEL-AVIV: Gordon's War.
ZAFON: The Heartbreak Kid. (5. Woche).

RAMAT GAN

LILI: 4.00 — Tarzan: 7.15 und 9.30 Jeremiah Johnson.



חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

ביטול הסובסידיות יחייב גם את הממשלה לחסכונות

הממשלה החליטה על קיצוץ הסובסידיות בסכום ניכר. אין אנו חושבים שהיה ויכוח במשק אם אומנם היה צורך בצימצום הסובסידיות או לא. הויכוח צריך היה להיות אם להסתפק בחלק מצימצום הסובסידיות או אם אחת ולתמיד לבטל את כל הסובסידיות. יש בביטול זה חלק ממערכת המיסים המוטלת עלינו ואין זה בעצם משנה אם מבטלים סובסידיות או מטילים מסי־עקיפין.

הבעיה היא כרגע סוציאלית. אין שום הצדקה שחלק גדול של הישוב יקבל סובסידיות. אבל יש אנשים שבוודאי זכאים לקבל פיצוי הכנסתי על זה שמבטלים להם את הסובסידיות והפגיעה ברמת־חייהם היא ניכרת, מפני שמוצרים אלה הם מהווים חלק חשוב בהוצאתם. השאלה אם יש לממשלה דרך איך לפצות אנשים אלה וגם אלה המשלמים כבר בעד הנפט 70 אגורות לעומת 36 אגורות לפני מלחמת יום הכיפורים.

הממשלה צריכה כעת להוכיח שגם היא נוהגת חיסכון בביתה ובמוסדות הציבוריים ובחברות הממשלתיות. אז יהיה לציבור קל יותר לשאת את העומס הכבד שאנחנו עומדים לפניו.

א. י.

TEILWEISE AUFHEBUNG DER SUBSIDIEN — EIN ZWEISCHNEIDIGES SCHWERT

Die teilweise Aufhebung der Subsidien, die gestern von der Regierung beschlossen wurde, ist ein zweischneidiges Schwert. An und für sich ist dieser Schritt zu begrüssen. Für einen Grossteil der Bevölkerung wird die Verteuerung der lebenswichtigen Nahrungsmittel keine allzu schwere finanzielle Belastung darstellen. Aber jetzt wird es sich zeigen, ob das Finanzministerium Mittel und Wege findet, um die unteren sozialen Schichten, die Familien von Soldaten, sowie kinderreiche Familien, aber auch die Bewohner der Altersheime und Pensionäre zu entlasten. Diese Kreise sind es, die mit jeder Agora rechnen und im Sinne des Wortes an den Rand der Verarmung gebracht werden. Hier ist auch an den Kleinen Mann zu denken, der im Laufe der letzten Jahre immer wieder versucht, einen Spargroschen zur Seite zu legen, dessen Wert jedoch selbst durch die Bindung an den sogenannten Teuerungsindex nicht völlig gewahrt werden kann. Wir hörten zu unserem Bedauern, dass auch diese Wertgarantie besteuert werden soll. Falls der teilweisen Aufhebung der Subsidien auch eine Entwertung unseres Pfundes folgen sollte, wird sich dies in dem Ruin eines beträchtlichen Teils dieser „Kleinsparer" ausdrücken.

Die teilweise Aufhebung der Subsidien wird sich als zweischneidiges Schwert erweisen, wenn die Regierung nicht selbst mit gutem Beispiel und mit Sparmassnahmen drastischer Natur in den eigenen Ministerien, in den Regierungsgesellschaften und in den öffentlichen Institutionen vorangehen wird. Mit Genugtuung vernahmen wir, dass die neue Koalitionsregierung des Maarach mit den RNP, den Unabhängigen Liberalen und den Bürgerrechtlern, falls sie gebildet werden sollte, einige Ministerien auflösen wird. Dieser Schritt würde uns beruhigen. Aber auch auf anderen Gebieten wären dringende Sparmassnahmen notwendig, damit die Bevölkerung das Empfinden hat, dass nicht sie allein die Last des letzten Krieges zu tragen hat.

A. Y.

HISTADRUT TRITT FUER STABILE PREISE ZUMINDEST FUER DIE DAUER EINES JAHRES EIN

Auf einer Sitzung des Zentralausschusses sagte Meschel, die Histadrut verlange, dass die Einschränkung der Subsidien zu keiner grossen Verteuerung der zwölf bisher subsidierten lebenswichtigen Nahrungsmitteln wie Brot, Milch, Eier, Öl, Reis und Zucker beitrage. Die Histadrut fordert, dass für diese Produkte feste Preise für die Dauer zumindest eines Jahres festgesetzt werden.

Der Mapam-Delegierte im Zentralausschuss, Zwi Nathanson, unterbreitete den dringenden Vorschlag, das Thema der „Aufhebung der Subsidien" zu behandeln. Jerucham Meschel entgegnete, die Histadrut werde dafür sorgen, dass die Preisstabilität aufrechterhalten bleibt. Nach Bekanntwerden der Regierungsbeschlüsse werde die Histadrut zu der neuen Teuerungszulage Stellung nehmen und nicht nur für die Interessen der Arbeitnehmer, sondern in erster Linie für die Kleinverdiener und kinderreichen Familien eintreten. (Siehe auch Seite 2)

Seeleute randalieren im fünft[en] Stockwerk des Waad Hapoe[l]

Zu Skandalen kam es gestern im fünften Stockwerk im Gebäude des Waad Hapoel der Histadrut, als die Verhandlungen mit den streikenden Seeleuten im Gange waren. Einer der randalierenden Führer der Seeleute wurde von seinen eigenen Kameraden aus dem Verhandlungssaal geführt. Er selbst hatte in den Morgenstunden zu seiner Frau gesagt: „Wenn ich heute nicht nach Hause komme, kannst du mich bei der Polizei suchen".

Der Zentralausschuss der Histadrut hatte sich mit dem Streik der Seeleute befasst, wobei beschlossen wurde, dass die Seeleute der Histadrut eine Denkschrift überreichen werden. Nach Ansicht der Histadrut soll nur ein Passagierdampfer im Betrieb bleiben. Die Histadrut wird die Vorschläge der Seeleute überprüfen und weitere Verhandlungen mit den Behörden einleiten.

Jerucham Meschel ... sich im Namen des Ze... schusses an den Seek... band mit dem Ersuch... gestern proklamierten ... einzustellen. Die Seele... testieren gegen den ... beschluss, die Schiffe ... und „Nili" zu verkau... den gesamten Passa... der ZIM-Gesellschaft ... len.

Die Seeleute gaben ... pörung Ausdruck, dass ... vier Monaten keinen ... halten haben. Sie sag... werden von der Polizei ... Klagen wurden auch ... Beschuldigung laut, d... Seeleute Schmuggler ... be sind, die das Vertr... Behörden eingebüsst ha... Seemann sagte: Man sol... nur uns beschuldigen ... mal eine Untersuchu... Schmuggel des Flugze... nals einleiten. Höhnisc... er die Frage hinzu: Wü... Behörden auch die Flü... legen?

Besorgnis ueber Zukunft der Siedlungen auf den Golan-Höhen

Die Bezirksräte des Emek Hajarden und des Oberen Galil, sowie die Vertreter der Siedlungen der Golan-Höhen haben um eine dringende Zusammenkunft mit Ministerpräsidentin Golda Meir eingesucht. Sie wünschen Auskunft über die Zukunft der Golan-Höhen und der jüdischen Siedlungen. Die Bezirksräte gaben ihrer vollen Solidarität mit den Siedlern der Golan-Ortschaften Ausdruck.

Bereits in der vergangenen Woche hatten Vertreter der Golan-Siedlungen erklärt, sie würden jedem Versuch einer Liquidierung des Siedlungswesens Widerstand leisten.

DRUSEN GRÜNDEN „OBERSTEN RAT" — FORDERN PORTEFEUILLES

Der stellvertretende Kommunikationsminister, der Drusenführer Scheich Jaber Moadi, gab die bevorstehende Gründung eines „Obersten Rates der Drusen", der der Jewish Agency ähneln soll, bekannt. Diesem Rat werden 35 Vertreter der 35.000 Drusen angehören.

Der Oberste Rat soll sich um alle Angelegenheiten der Drusen kümmern, deren Interessen vertreten und auch Gelder im Ausland in jüdischen und in Drusengemeinden sammeln. Auf einer Pressekonferenz in Haifa sagte der Scheich, die Gemeinde verlange die Ernennung eines Ministers für arabische Angelegenheiten in dem neuen Kabinett. Das System der Berater für arabische Angelegenheiten habe keine Erfolge gezeitigt. Dieser Rückschlag sei bei dem Wahlergebnis mit einer Zunahme der Rakach-Stimmen in den arabischen Wahlbezirken zum Ausdruck gekommen. Des weiteren tritt der Vizekommunikationsminister für ein weiteres Portfeuille ein. Den Arabern soll das Amt eines Vizeministers im Innenministerium übergeben werden.

STADT UND LAND

Neueinwanderer müssen ihren alten Führerschein und den neuen israelischen Führerschein bis zum 31. März 1974 dem Zollamt unterbreiten, wenn sie ein zollfreies Auto einführen wollen.

500 Bonds-Führer trafen aus den USA in Israel zu der gestern begonnenen Bonds-Konferenz ein und wurden „irgendwo im Lande" auf einem Stützpunkt der Luftwaffe empfangen. Die Bondsdelegation repräsentiert 84 jüdische Gemeinden.

IAP-Generalsekretär A. Jadlin dementierte die Behauptungen des Likud, wonach der Maarach Munizipal-Koalitionsabkommen erzwingen will, die dem Willen der Wähler widersprechen. „In Bat Jam erhielt die IAP 47 Prozent der Stimmen und dort wurde eine Maarach-Koalition gegründet. In Tel-Aviv hat der Likud 4 von 31 Mandaten erhalten und bildete die Koalition. Warum darf dem Maarach nicht in Bat Jam das erlaubt sein, was dem Likud in Tel-Aviv recht ist?" fragte Jadlin.

Der Tel-Aviver Arbeiterrat ersuchte das Wohnbauministerium, Massnahmen zum Schutz der Angestellten des Ministeriums zu treffen, die in Tel-Aviv letzthin einige Male von Leuten, die ihre Ansprüche gewaltsam durchsetzen wollten, belästigt worden sind.

IL 214.000 gewann ein Mann, der als einziger richtig das TOTO Nr. 14 erraten hatte.

ITALIEN TRIFFT VORKEHRUNGEN GEGEN TERRORANGRIFF

Rom (R) — Aus den Berichten der Zeitungen „Il Tempo" und „Unita" geht hervor, dass die italienischen Behörden einen Terrorangriff der Araber nach dem Muster des Terroraktes von vor zwei Monaten auf dem Leonardo da Vinci Flughafen befürchten.

Starke Nachfrage nach indexgebunde[nen] Wertpapieren an der Boerse

An der Tel-Aviver Börse herrschte gestern starke Nachfrage nach indexgebundenen Obligationen. Die Börse erwartet fast mit Sicherheit eine Abwertung unseres Pfundes. Der Goldpreis zog um IL 500 an und belief sich auf IL 21.000 pro Kilogramm. Der Dollar wurde auf dem „grauen Ma[rkt] ... IL 5.17, um zwei Agor[a] ... als in der Vorwoche ge... Dagegen ging der Natad ... um acht Agora auf ... zurück.

Bei Aktien herrschte ... Stimmung. Die Kurse ... zumeist unverändert.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Bör[se]

OBLIGATIONEN	24.1.19..
6% Development Loan Serie 4 bearer $ linked	235
8% Israel Electr. „B" $ linked	150
6% Industrial Devel. Bank Serie 3 o. $ linked	256
5% Dead Sea Works bearer $ linked	148
6½% Zim $ linked	130.5
Development Loan Serie 140 — 5 year-notes	216
Milve Klita 1961 index 126.3	227.5
Milve Klita 1962 index 132.5	211
Milve Klita 1963 index 132.6	303.[illegible]
Milve Klita 1964 index 138.5	279.8
Milve Klita 1965 index 110.1	254.[illegible]
Milve Klita 1966 index 118.6	214.3
Milve Klita 1967 index 118.5	206
AKTIEN-MARKT	
Ozar Hitjaschwut ord. shares reg.	233.[illegible]
I.D.B. Bankholding ord. sh.	178
Isr. British Bank bearer	291
Bank Leumi „A" ord. stock	260
General Mortg. Bank ord. shares bearer	[illegible]13
Isr. Dev. & Mortg. Bank „B" ord. sh.	224
[illegible]sing Mortg. Bank „B" ord. sh.	172.[illegible]
Hassneh Insurance [illegible] shares	206
Delek ord. shares reg.	139
Pal. Cold. Stor. & Suppl. IL 10	179
Africa Pal. Investments ord. sh. reg. IL 10 b.	260
Israel Land Development ord. sh. reg. IL 10	[illegible]63
Solel Boneh Build Works 10% bearer	132
Mehadrin	200
Anglo-Israel Investment	137
Neot Aviv	65
Pazco 8% pref. ord. shares reg.	81
Ata „C" ord. reg. shares	113
Dubek	358
Phoenicia 8% ord. pref. part. bearer	96.5
American Israel Paper Mills	290
Assis	208
Elgar Investment bearer	79
Elron Investments Ltd bearer	156
[illegible] Investments	95
Wolfson Clore Mayer Corp. reg. IL 10	87
Discount Bank Inv. bearer	204.5
Bank Leumi Investment ord. shares	189
Export Bank Investment	62
Clal Industries	176
Naphta Ltd. ord. shares	67
Lapidot ord. shares reg	124.5
I.L.D.C. 10% conv. deb	85.5
Ata 10% conv. deb.	82
D-Mark per $	2.8540/60
Swiss Fr. per $	3.3800/25
D-Mark	1.[illegible]6
Fatad (unter Banken)	4.90

TENDENZ AM GESTRIGEN BOERSENMARK[T]

übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet
Ohne Obligo

* = ex coup. div
K = Nur Käufer
** = ex richts
V = Nur Verkäufer
S = Schlusskurs

Dollar Bonds:	unverändert
Index Bonds:	fest
Aktien:	schwächer

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
— Nr. 24 —
Tageszeitung in deutscher Sprache
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 3267[5]
Redaktion: Tel. 30014. Nacht-Redaktion ab 17.3[0]
Tel. 32675.
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52,